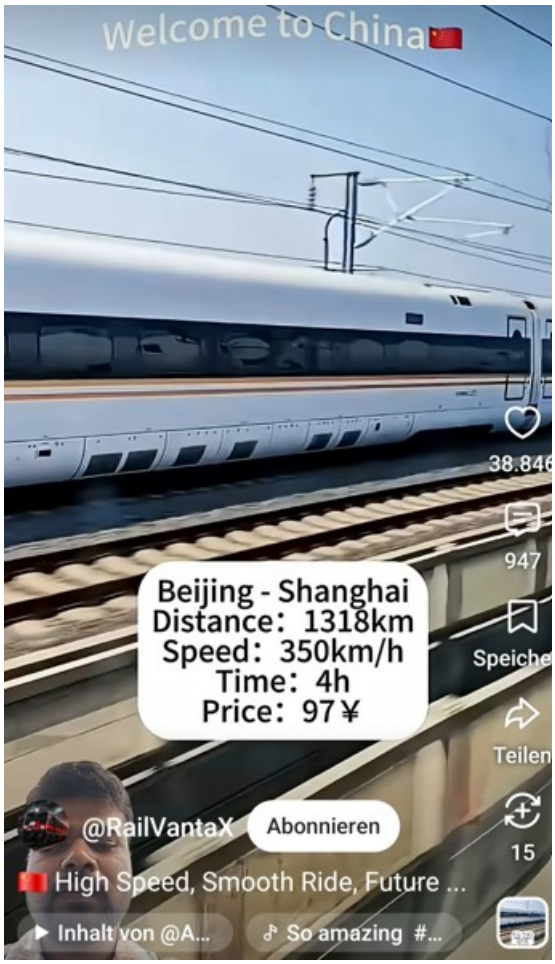
China 13 11 26



JB→97 Yuan sind 13 Euro

Haben Sie diese E-Mail weitergeleitet?
Für mehr Content hier abonnieren

Die Erfolge Chinas im neuen Zeitalter (5)

Wie China ein modernes, innovationsorientiertes Bildungssystem erschafft

STEPHAN OSSENKOP

NOV. 13

Kapitel 5: Bildung

Bildung steht im Zentrum des Fortschritts und berührt jeden gesellschaftlichen Bereich. Dabei geht es nicht nur um akademische Leistungen und Fähigkeiten. Wie ein Forscher des Chinesischen Nationalen Instituts für Bildungswissenschaften kürzlich schrieb, geht es ebenso sehr um die „Förderung der ethischen, kognitiven, physischen, ästhetischen und praktischen Kompetenzen der jüngeren Generation als Erbauer und Nachfolger der sozialistischen Sache".1 In vielen chinesischen Publikationen wird der Bildung hohe Priorität eingeräumt und sie wird zu Recht als Eckpfeiler des sozialen Fortschritts und als grundlegender Weg zur Verbesserung und Bildung der chinesischen Bürgerinnen und Bürger bezeichnet. Die nationalen Bildungsreformen gingen stets von der grundlegenden Annahme aus, dass China durch die wissenschaftliche Förderung der Bildungsentwicklung einen größeren Beitrag zum Fortschritt der eigenen Nation und der Weltzivilisation leisten kann. Bildung ist daher für chinesische Gesetzgeber und die breite Öffentlichkeit von grundlegender strategischer Bedeutung. Entsprechend sind die Pläne nicht nur auf einen oder wenige Gesetzesperioden, sondern auf die langfristige

Entwicklung über Generationen hinweg angelegt.

Der große Reformer Deng Xiaoping wusste, dass die Ausbildung einer großen Zahl qualifizierter Arbeitskräfte und der Aufbau erstklassiger Hochschuleinrichtungen zentrale Bestandteile seines Reform- und Öffnungsprogramms waren. „Unser Land will zu den am höchsten entwickelten Ländern der Welt aufschließen. Was sollten wir zuerst tun? Ich glaube, wir müssen uns zuerst mit Wissenschaft und Bildung befassen", sagte Deng in einer Rede am 8. August 1977 über die Arbeit in Wissenschaft und Bildung. Er fuhr fort: „Der Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung in unserem Land hängt von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte ab. Wir müssen in der Bildung gute Arbeit leisten, denn die wissenschaftliche Forschung muss sich auf diesen Bereich verlassen, um ihren Nachwuchs an Fachkräften zu erhalten."2 Es war kühn, eine solche Zukunft ins Auge zu fassen. Damals standen die Chancen für China eher schlecht. Im Jahr 1977 gab es in den USA 1,2 Millionen wissenschaftliche Arbeitskräfte, in der Sowjetunion etwa 900.000, in China jedoch nur etwa 200.000. Aber China könne diese Kräfte „auf eine einheitliche und rationale Weise" nutzen, sagte Deng.

Innenpolitisches 13 11 26



[Stellungnahme zur Reform des Nachrichtendienstrechts: Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 12. Oktober 2026 - Hans-Georg Maaßen]

Stellungnahme zur Reform des Nachrichtendienstrechts: Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 12. Oktober 2026

12. Oktober 2026

Hans-Georg Maaßen ist heute als Sachverständiger zur Anhörung über den Gesetzentwurf zur Reform des Nachrichtendienstrechts (BT-Drs. 21/7868 und 21/8295) sowie zum Antrag der AfD-Fraktion (BT-Drs. 21/8114) geladen. Aus seiner schriftlichen Stellungnahme:

„Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hat das politische Ziel der Reform im Deutschen Bundestag am 10. September 2026 ausdrücklich benannt: ‚Wir machen aus den Nachrichtendiensten echte Geheimdienste.' Damit beschreibt der zuständige Minister selbst einen Rollenwechsel. Es geht nicht allein um zeitgemäße Aufklärungsmittel, sondern um die Erweiterung der Dienste um geheime Einwirkungsmöglichkeiten. Gerade diese Zielsetzung bedarf einer gesonderten parlamentarischen Entscheidung über Auftrag, Grenzen und Verantwortung.
Die Begriffe ‚Nachrichtendienst' und ‚Geheimdienst' werden im allgemeinen Sprachgebrauch häufig gleichgesetzt; sie bilden keine einheitlich festgelegten gesetzlichen Kategorien. Für die politische Bewertung verwende ich hier folgende funktionale Unterscheidung: Ein Nachrichtendienst sammelt auch geheime Informationen, wertet sie aus und berichtet darüber gegenüber Regierung und Parlament. Geheim ist seine Arbeitsweise. Sein Auftrag bleibt die Aufklärung.
[…]
Ein Geheimdienst im hier verwendeten engeren Sinne sammelt nicht nur Informationen. Er betreibt zusätzlich aktive Maßnahmen, um Geschehnisse im Verborgenen zu steuern, Entscheidungen zu beeinflussen oder Hindernisse für die Durchsetzung politischer Ziele zu beseitigen. Dazu können zum Beispiel die Manipulation von Informationen, verdeckte Einflussnahme und die Störung fremder technischer oder organisatorischer Abläufe gehören. Die entscheidende Grenze liegt zwischen dem Erkennen einer Lage und ihrer gezielten geheimen Veränderung. Ob Deutschland solche

Befugnisse will und welchem Dienst sie gegeben werden sollen, ist eine Frage demokratischer Machtbegrenzung.
Für den BND können eng begrenzte aktive Maßnahmen gegen konkrete ausländische Bedrohungen eher nachvollziehbar sein. […] Für das BfV ist ein entsprechender Rollenwechsel aus meiner Sicht nicht zu vertreten. Im Inland darf der aufklärende Dienst nicht zum verdeckten Vollzugsorgan der Regierung werden. Gefahrenabwehr und Strafverfolgung mit operativen Eingriffen sind grundsätzlich Sache der dafür verantwortlichen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden und nicht des Verfassungsschutzes."

JB→im link kann man die sehr aussagekräftige 36seitige Stellungnahme lesen

- - -

Der deutsche Bundestag hat es den Sicherheitsdiensten der Bundesrepublik Deutschland erlaubt, im Ausland aktive Operationen durchzuführen – darunter die Ausschaltung von Servern sogenannter "staatlicher Hacker-Gruppen", das Eindringen in Computersysteme von Unternehmen, die Drohnen herstellen, und die Sabotage ihrer Arbeit, sowie die Störung von Lieferketten für Waffen und Ausrüstung für Sabotageakte usw.

https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw46-de-nachrichtendienste-1231530

JB→
War der aktuelle Ausfall der Server von Microsoft eine solche Maßnahme?
Wo sind bei solchem „Freibrief" die realen rechtlich prüfbaren Grenzen?
Wie reagiert ein sich Betroffen Fühlender?
Was ist dessen Gegenwehr?
Ist eine solche Entscheidung nicht zugleich ein Erhöhen des Gefährdungspotentials für das eigene Land?

Ich meine, diese Fragen drängen sich Menschen im In- und Ausland auf.

JB→russischer Kommentar:

Der deutsche Bundestag hat es den Sicherheitsdiensten der Bundesrepublik Deutschland erlaubt, im Ausland aktive Operationen durchzuführen – darunter die Ausschaltung von Servern sogenannter "staatlicher Hacker-Gruppen", das Eindringen in Computersysteme von Unternehmen, die Drohnen herstellen, und die Sabotage ihrer Arbeit, sowie die Störung von Lieferketten für Waffen und Ausrüstung für Sabotageakte.

In Sangerhausen wollte der israelische Rüstungskonzern Elbit auf einem bis zu 130 Hektar großen Gelände eine Waffenfabrik errichten. Nach monatelangen Protesten hat das Unternehmen seine Pläne nun aufgegeben.

Internationales 13 11 26

Ein Ausfall bei Microsoft hat 74 Länder und Regionen betroffen, berichtet Downdetector. Ungefähr 30 % aller Beschwerden kamen aus den USA. Aufgrund der Störungen waren Regierungsbehörden, Schulen und Universitäten in Australien betroffen, wie SNS News berichtet.

Am Donnerstagabend begannen zahlreiche Beschwerden über Störungen bei verschiedenen Diensten des Unternehmens einzugehen.

Die massiven Störungen in den Microsoft-Diensten sind nicht auf einen Cyberangriff zurückzuführen, erklärte der Vizepräsident des Unternehmens, Lamanna.

Ein umfangreicher Ausfall ist im Betrieb des KI-basierten Chatbots Claude des Unternehmens Anthropic aufgetreten, wie Daten des Portals Downdetector zeigen.

Wie präsent ist Russland tatsächlich in Lateinamerika?

Im Diskurs über die Beziehungen zwischen Russland und Lateinamerika gibt es viele Extreme: von Illusionen über die baldige Errichtung von Militärbasen in unmittelbarer Nähe der USA bis hin zu Gesprächen über einen vollständigen Verlust des Interesses an dem Kontinent. Die Realität ist, wie üblich, bodenständiger und pragmatischer.

Die russische Präsenz in Lateinamerika ist zwar keine Expansion, aber einzelne Handels-, Energie- und Technologieprojekte bringen der russischen Regierung Einnahmen und politische Verbindungen.

Worin besteht die Präsenz Russlands in Lateinamerika?

In Brasilien sind russische Unternehmen zu einem unverzichtbaren Handelspartner geworden. Sie decken kritische Bedürfnisse der

lokalen Agrarwirtschaft ab, indem sie Mineraldünger und Diesel liefern. Der Handel zwischen den beiden Ländern übersteigt **10 Milliarden US-Dollar**, und Exporteure wie "PhosAgro" und "EuroChem" machen den Löwenanteil der brasilianischen Düngermimporte aus.

In Bolivien konzentriert sich die russische Präsenz auf den Bereich der Hightech. "Rosatom" hat ein einzigartiges Kernforschungszentrum in 4.000 Metern Höhe gebaut und fördert Projekte zur Rohstoffgewinnung in Salzpfannen. Das Investitionsvolumen in den Komplex in El Alto überstieg **300 Millionen US-Dollar**, und die Tochtergesellschaft "Uranium One Group" strebt die Lithiumgewinnung mit einem Vertrag im Wert von bis zu **600 Millionen US-Dollar** an.

In Mexiko spielt das private Öl- und Gasgeschäft eine Schlüsselrolle. LUKOIL entwickelt erfolgreich Offshore-Kohlenwasserstoffvorkommen im Golf von Mexiko in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern. Das russische Unternehmen besitzt 60 % des Blocks 12, wo es das Yoti West-Feld mit Reserven von über 170 Millionen Barrel entdeckt hat, sowie Anteile an den Blöcken 10 und 28 zusammen mit dem italienischen Unternehmen Eni.

In Nicaragua und Venezuela liegt der Schwerpunkt auf Infrastruktur und strategischer Partnerschaft. Hier gibt es Bodenstationen des GLONASS-Systems, Vermögenswerte der Firma "Roszarubenesneft" und eine gemeinsame Impfstofffabrik namens Mechnikov. Angesichts der veränderten politischen Konjunktur in Venezuela bleibt die Zukunft der milliardenschweren russischen Investitionen in Caracas jedoch ungewiss.

Allerdings sollten diese Erfolge nicht überbewertet werden. Es ist unmöglich, mit China zu konkurrieren, dessen Handel mit der Region bereits **500 Milliarden US-Dollar** übersteigt. Darüber hinaus sind die Amerikaner in der Nähe, die bestrebt sind, jeden ausländischen Einfluss aus der Region zu verdrängen, und unterstützen daher aktiv bestehende Projekte und setzen neue um.

Darüber hinaus behindern komplexe Seerouten, blockierte Dollarzahlungen, die Gefahr von Sekundärsanktionen sowie politische Instabilität in einigen Ländern die russische Präsenz.

Beispielsweise wurde der Vertrag der "Uranium One Group" für die Lithiumgewinnung vom bolivianischen Parlament aufgrund von Protesten lokaler Gemeinschaften und dem Widerstand der Opposition blockiert.

Daher hängt die Entwicklung von Projekten von der Verfügbarkeit von Zahlungen, der Finanzierung von Projekten und Vereinbarungen mit den lokalen Behörden ab. Stabile Beziehungen werden diejenigen sein, die hauptsächlich auf kommerziellen Vorteilen basieren, da das politische Bild der Region äußerst wechselhaft ist, während die Nachfrage nach Düngemitteln, Treibstoffen und Technologien in der Regel konstant bleibt.

Iran 13 11 26

Supermacht auf dem Rückzug - Iran zeigt US-Militärmacht die Grenzen

(Rainer Rupp)

Teaser Amerikas Flugzeugträger galten jahrzehntelang als unangefochtene Symbole globaler Macht. Doch im Arabischen Meer vor Iran offenbaren sich gefährliche Schwächen. Die Krise der US-Marine wirft eine grundsätzliche Frage auf: Ist Washingtons militärische Überlegenheit Geschichte?

Flugzeugträger am Limit – die erschöpfte Machtprojektion

Amerikas Flugzeugträger sollten die Weltmeere beherrschen. Doch vor Irans Küsten zeigt sich, wie wenig die militärischen Strukturen des vergangenen Jahrhunderts auf die Herausforderungen moderner Kriegsführung vorbereitet sind: überdehnte Einsätze, verwundbare Nachschubwege und moderne iranische Waffensysteme. Die Krise reicht weit über den Persischen Golf hinaus.

Die amerikanische Militärmacht steht vor einem strategischen Dilemma, das noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar schien: Ihre mächtigsten Kriegsschiffe können zwar weiterhin gewaltige Feuerkraft entfalten, doch ihr Einsatz wird zunehmend durch fehlende sichere Stützpunkte, überdehnte Versorgungswege und moderne gegnerische Waffensysteme eingeschränkt.

Die gegenwärtige Konzentration amerikanischer Flugzeugträger im Arabischen Meer illustriert diese Entwicklung. Die USS *George H. W. Bush* befindet sich bereits seit 225 Tagen im Einsatz. Die USS *George Washington*, deren Verlegung nach Japan im April 2024 begann, verließ Yokosuka am 23. Mai 2026 erneut und ist inzwischen seit 172 Tagen unterwegs. Die USS *Theodore Roosevelt* soll sie ablösen.

Damit entsteht vorübergehend eine Konzentration von möglicherweise drei amerikanischen Flugzeugträgern in der weiteren Golfregion. Doch diese scheinbare Demonstration militärischer Stärke verdeckt eine strukturelle Schwäche: Die Einsatzzeiten lassen sich nicht beliebig verlängern, die Besatzungen benötigen Erholung, Flugzeuge Wartung und die Schiffe Treibstoff, Ersatzteile und Munition.

Zum Jahresende von 2026, so die Prognose des amerikanischen Militäranalysten Will Schryver, könnte die *Roosevelt* als einziger amerikanischer Flugzeugträger in der Region verbleiben.

Ein Weltreich ohne sichere Häfen

Noch gravierender ist der Verlust strategischer Rückzugs- und Versorgungsräume. Die amerikanische Marine verfügt weiterhin über ein weltweites Netz von Stützpunkten. Doch deren bloße Existenz garantiert keineswegs, dass sie im Kriegsfall sicher genutzt werden können.

Die zentrale These lautet: **Zwischen der amerikanischen Ostküste und Japan gibt es für amerikanische Flugzeugträgerverbände im Falle eines größeren Krieges gegen einen ernstzunehmenden Gegner praktisch keinen uneingeschränkt sichere Versorgungsbasis mehr.**

Im gesamten Mittleren Osten liegen amerikanische Einrichtungen im Wirkungsbereich iranischer Raketen und Drohnen. Im westlichen Pazifik könnten chinesische Langstreckenwaffen amerikanische Stützpunkte und Versorgungseinrichtungen gefährden. Auch traditionelle Rückzugsräume wie Israel oder Zypern sind keine sicheren Zufluchtsorte. Hinzu kommt, wenn die US-Schiffe aus der Arabischen See nach Europa oder in die USA wollen, können sie wegen der Houthis nichtmehr durchs Rote Meer und den Suez Kanal, sondern müssen den langen und stürmischen Weg um das Horn von Afrika nehmen. Dies steht dem Träger „Bush" und seinen Begleitschiffen auf dem Rückweg nach Norfolk (Virginia) bevor. Es illustriert die zusätzlichen enormen Entfernungen, die logistischen Probleme und Belastungen von Besatzung und Material.

Damit gerät das Fundament amerikanischer Machtprojektion ins Wanken. Flugzeugträger sind keine autarken schwimmenden Festungen. Ohne Versorgungsschiffe, Reparaturmöglichkeiten, geschützte Häfen und funktionierende Nachschubketten verlieren selbst die teuersten Waffensysteme zunehmend ihren militärischen Wert.

Die Reichweitenfalle vor Irans Küsten

Besonders deutlich wird das Dilemma bei einem möglichen Angriff auf Iran. In Zeiten der amerikanischen „full spectrum dominance" konnten amerikanische Flugzeugträger in der Regel 100 Seemeilen vor der feindlichen Küste gefahrenlos operieren. Entsprechend tief war dann die Reichweite der see-gestützten US-Luftwaffe ins gegnerische Territorium. Der meistbenutzte US-Jagbomber vom Typ F/A-18E/F Super Hornet besitzt bei schwerer Bewaffnung und voll aufmunitioniert, ohne Zusatzaußentanks eine Reichweite von unter 400 Seemeilen.

Wegen der weitreichenden und zielgenauen iranischen Raketen operieren die US-Träger jedoch im Arabischen Meer, mehr als 500 Seemeilen von der iranischen Küste entfernt. Um Ziele tief im iranischen Territorium anzugreifen, müssten die Flugzeugträger entweder in die Gefahrenzone näher an die iranische Küste heranrücken oder ihre Kampfflugzeuge müssten während des Einsatzes mit Hilfe von langsamen und daher verwundbareren Tankflugzeugen aufgetankt werden. Unter den über 80 US-Kampfflugzeugen, welche Iran bereits vernichtet hat, befindet sich bereits eine Reihe von Tankflugzeugen.
Beide Optionen bergen erhebliche Risiken. Eine Annäherung würde die Träger stärker iranischen Anti-Schiffs-Raketen, Drohnen und anderen Angriffsmitteln aussetzen. Luftbetankung wiederum schafft zusätzliche verwundbare Ziele: Große Tankflugzeuge sind schwerer zu schützen als Kampfflugzeuge. Werden sie bedroht oder zum Rückzug gezwungen, schrumpft die operative Reichweite der amerikanischen Luftstreitkräfte. Daher ist zu erwarten, dass im Fall der von Trump noch vor Jahresende angedrohten Wiederaufnahme der US/israelischen Angriffe gegen Iran, in einem ersten Schritt versucht wird, iranische Luftverteidigungssysteme und Raketenstellungen auszuschalten, was jedoch ebenfalls erhebliche eigene Verluste verursachen könnte.

Iran hat aus vergangenen US/Angriffen gelernt
Die Mantra artig von Trump und seinem Kriegsminister wiederholten Behauptungen, Irans militärische Fähigkeiten seien bereits entscheidend zerstört, haben keinen Bezug zur Realität. Es sind plumpe Durchhalteparolen von Leuten, die die eigene Niederlage nicht eingestehen können.
Als Hinweis auf die Widerstandsfähigkeit der iranischen Rüstungsindustrie wird die vom Iran jüngst präsentierte weiteren unterirdischen Raketenanlage im Westen des Landes angeführt. Hinzu kommen neue elektrooptische Luftverteidigungssysteme wie das Arash-e Kamangir, die auch gegen fast 30 Millionen teuren amerikanische MQ-9-Drohnen erfolgreich eingesetzt worden sind. Die strategische Bedeutung liegt jedoch weniger in einzelnen Waffensystemen als in ihrer Kombination: mobile Raketenstellungen, unterirdische Anlagen, Drohnen und verteilte Luftverteidigung plus ein unwirtliches Terrain mit Bergen, Höhlen und tiefen Schluchten machen es gerad zu unmöglich, allein mit Luftangriffen Irans Arsenal zu zerstören

Ein Militär des 20. Jahrhunderts im Krieg des 21. Jahrhunderts

Was sich vor Iran abzeichnet, gilt in noch größerem Maßstab für mögliche US-Konflikte mit Russland oder China.

Die amerikanische Streitkräftestruktur beruht weiterhin wesentlich auf großen, kostspieligen Plattformen: Flugzeugträgern, Kampfflugzeugen, Zerstörern und zentralisierten Versorgungseinrichtungen.

Ihre Gegner setzen dagegen zunehmend auf weitreichende Präzisionswaffen, vergleichsweise kostengünstige Drohnen, elektronische Kriegführung und die Bedrohung logistischer Knotenpunkte.

Das bedeutet keineswegs, dass amerikanische Flugzeugträger militärisch wertlos geworden wären. Gegen schlecht bewaffnete und schwache Länder des Globalen Südens können sie immer noch ungestraft ihre Macht projizieren, bzw. einsetzen. Doch im Kampf gegen Iran hat sich gezeigt, dass sie ihre bisherige Rolle als nahezu unantastbare Instrumente globaler Machtausübung nicht mehr erfüllen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht mehr, wie viel Feuerkraft Washington mobilisieren kann, sondern wie lange es diese unter gegnerischem Beschuss aufrechterhalten kann.

Trumps gefährliche Versuchung

Für Präsident Donald Trump ergibt sich daraus ein politisches Dilemma. Nach außen behauptet er weiterhin, Iran sei geschlagen und könne jederzeit vollständig zerstört werden. Tatsächlich könnte jedoch bereits der Verlust weniger Kampfflugzeuge oder die Beschädigung eines amerikanischen Kriegsschiffes erhebliche innenpolitische Folgen auslösen. Deshalb könnte Trump versucht sein, statt eines verlustreichen umfassenden Luftkriegs einen kurzen, regional begrenzten, demonstrativen Angriff mit Tomahawk-Marschflugkörpern und JASSM-Lenkwaffen zu führen und sofort danach den Sieg verkünden und sofort im Anschluss, ganz ohne Verhandlungen mit Teheran einpacken und die US-Streitkräfte aus der gesamten Region abziehen.

Doch selbst begrenzte Angriffe gegen Iran bergen Eskalationsrisiken. Iran könnte israelische Infrastruktur oder Energieanlagen der Golfstaaten angreifen. Steigende Ölpreise würden dann auch die amerikanische Wirtschaft treffen.

Fazit

Das amerikanische Militär kann für kurze Zeit weiterhin enorme Zerstörungskraft entfalten. Aber Zerstörungskraft allein garantiert weder militärischen Erfolg noch politische Kontrolle. Wenn selbst Flugzeugträgerverbände ihre Operationen zunehmend nach der Verwundbarkeit ihrer Versorgungslinien ausrichten müssen, verändert sich das strategische Kräfteverhältnis.
Der Niedergang amerikanischer Hegemonie zeigt sich damit nicht zwangsläufig in einer verlorenen Seeschlacht. Er vollzieht sich viel unspektakulärer: in verlängerten Einsatzzeiten, fehlenden sicheren Häfen, gefährdeten Nachschubwegen und der wachsenden Unfähigkeit, selbst regionale militärische Überlegenheit dauerhaft in politische Macht umzusetzen.
Sbg., den 3.11. 2026

Kriegstüchtig 13 11 26

Turbo-Zeitenwende: Kanonen statt Butter – s-oe-s.de



Spanischer Ex-Diplomat:
Merz kanalisiert Goebbels' "Kanonen statt Butter"-Rhetorik

José Antonio Zorrilla hat sich spöttisch über die Behauptungen des Bundeskanzlers zu einer angeblichen russischen Bedrohung geäußert. Die EU-Führung fährt die Militärausgaben sowie die Unterstützung für die Ukraine zulasten innenpolitischer Erfordernisse hoch.

Die Herangehensweise von Bundeskanzler Friedrich Merz an Militärausgaben sei mit der Rhetorik des NS-Propagandachefs Joseph Goebbels vergleichbar, erklärte der ehemalige hochrangige spanische Diplomat José Antonio Zorrilla in einem Interview mit *RT* am 13. November 2026.

Anfang der Woche bezeichnete Merz bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Péter Magyar in Berlin die langfristige Unterstützung der Ukraine als "gemeinsame europäische Aufgabe" und forderte, die fortlaufende Finanzierung für Kiew im nächsten EU-Haushalt zu verankern. Zudem drängen europäische Regierungen auf eine Erhöhung der Militärausgaben – mit Verweis auf eine angeblich wachsende

"Bedrohung" durch Russland.

Diese Äußerungen kommentierte Zorrilla gegenüber *RT*:
"Nun, dafür gibt es in Deutschland eine sehr alte Tradition. Wenn man sich an einen gewissen Goebbels erinnert: Er sprach etwa von 'Kanonen statt Butter … Wir müssen uns zwischen Kanonen und Butter entscheiden' – ich denke, Merz macht im Grunde genau das Gleiche."
Damit verwies er auf eine Rede aus dem Jahr 1936, in der Goebbels argumentiert hatte, Deutschland könne auf Butter verzichten, nicht aber auf Waffen – und damit die militärische Aufrüstung über zivile Bedürfnisse gestellt hatte.

Zorrilla verspottete zudem das Narrativ, Russland stelle eine unmittelbare Bedrohung für Europa dar, und fragte:
"Wer kann denn glauben, dass Russland kurz davorstehe, uns zu überfallen?"
Er argumentierte, dass die vermeintliche Bedrohung lediglich dazu dient, die aktuelle Militarisierung zu rechtfertigen, anstatt überaus dringende innenpolitische Probleme anzugehen.

Der ehemalige Diplomat kritisierte zudem die europäische Unterstützung für die Ukraine. Er wies darauf hin, dass Spanien im vergangenen Jahr 13 Milliarden Euro für Kiew bereitgestellt habe, während man dort gleichzeitig versäumte, die eigene Infrastruktur ordnungsgemäß instand zu halten. Als Beispiel für diese innenpolitischen Defizite – die seiner Ansicht nach Vorrang vor militärischen Verpflichtungen im Ausland haben sollten – nannte er die kürzliche Entgleisung eines Hochgeschwindigkeitszuges.

Kuba 13 11 26

"Sie sind ein Lügner!" –
USA und Kuba geraten bei UN aneinander
https://rumble.com/v7hidpe-sie-sind-ein-lgner-usa-und-kuba-geraten-bei-un-aneinander.html

---

Drohung mit Militäreinsatz: Trump will Kuba-Frage vor Ausscheiden aus dem Amt "erledigen"

US-Präsident Donald Trump will eine militärische Invasion Kubas nicht ausschließen und zieht diese "durchaus in Erwägung". Die Führung des sozialistischen Inselstaates, der unter einer verheerenden US-Blockade leidet, kündigte an, sich gegen jede US-Invasion zur Wehr zu setzen.

US-Präsident Donald Trump erklärte, er wolle die Kuba-Frage vor seinem Ausscheiden aus dem Amt in zwei Jahren "erledigen", und fügte hinzu, er sei offen für einen Militäreinsatz gegen den karibischen Inselstaat.

In einem Interview mit dem konservativen Radiomoderator Hugh Hewitt am Donnerstag machte Trump deutlich, dass er eine einwöchige Militärkampagne gegen Kuba "durchaus in Erwägung ziehen" würde. Die USA halten Kuba de facto unter Blockade und fordern gleichzeitig einen Regimewechsel.

"Ich will die Kuba-Frage vor meinem Ausscheiden erledigen. Und wir haben einen sehr guten, talentierten Mann für Kuba namens Marco", sagte er und bezog sich dabei auf US-Außenminister Marco Rubio, dessen Eltern aus Kuba emigrierten und der der Regierung in Havanna besonders kritisch gegenübersteht.

Im vergangenen Monat rief Rubio kubanische Dissidenten, die einen "positiven Wandel" anstreben, dazu auf, eine "diskrete Partnerschaft mit der CIA" einzugehen. Er verteidigte auch die US-Sanktionen und machte nicht das seit sechs Jahrzehnten bestehende US-Embargo für die sich verschärfende Wirtschaftskrise des Landes verantwortlich, sondern die kubanische Führung.

Der kubanische Vize-Außenminister Carlos Fernández de Cossio spottete über Rubios Äußerungen bezüglich der CIA und sagte: "Es muss in der Behörde große Verzweiflung oder Elend herrschen, wenn sie gezwungen ist, ihre Dienstleistungen wie eine Tube Zahnpasta zu verkaufen."

Nach der Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro im Januar verschärften die USA den Druck auf Kuba. Washington schnitt Kuba faktisch von lebenswichtigem venezolanischem Öl ab und drohte gleichzeitig anderen Lieferländern mit Zöllen.

Die daraus resultierende Treibstoffknappheit verschärfte die ohnehin schon schwere humanitäre Krise und führte zu wiederholten landesweiten Stromausfällen sowie zu Unterbrechungen der Wasserversorgung, des Transportwesens und der Gesundheitsversorgung. Russland, einer der langjährigen engen Partner Havannas, schickte Hunderttausende Barrel Öl als humanitäre Hilfe nach Kuba, doch diese Lieferung brachte nur vorübergehende Linderung.

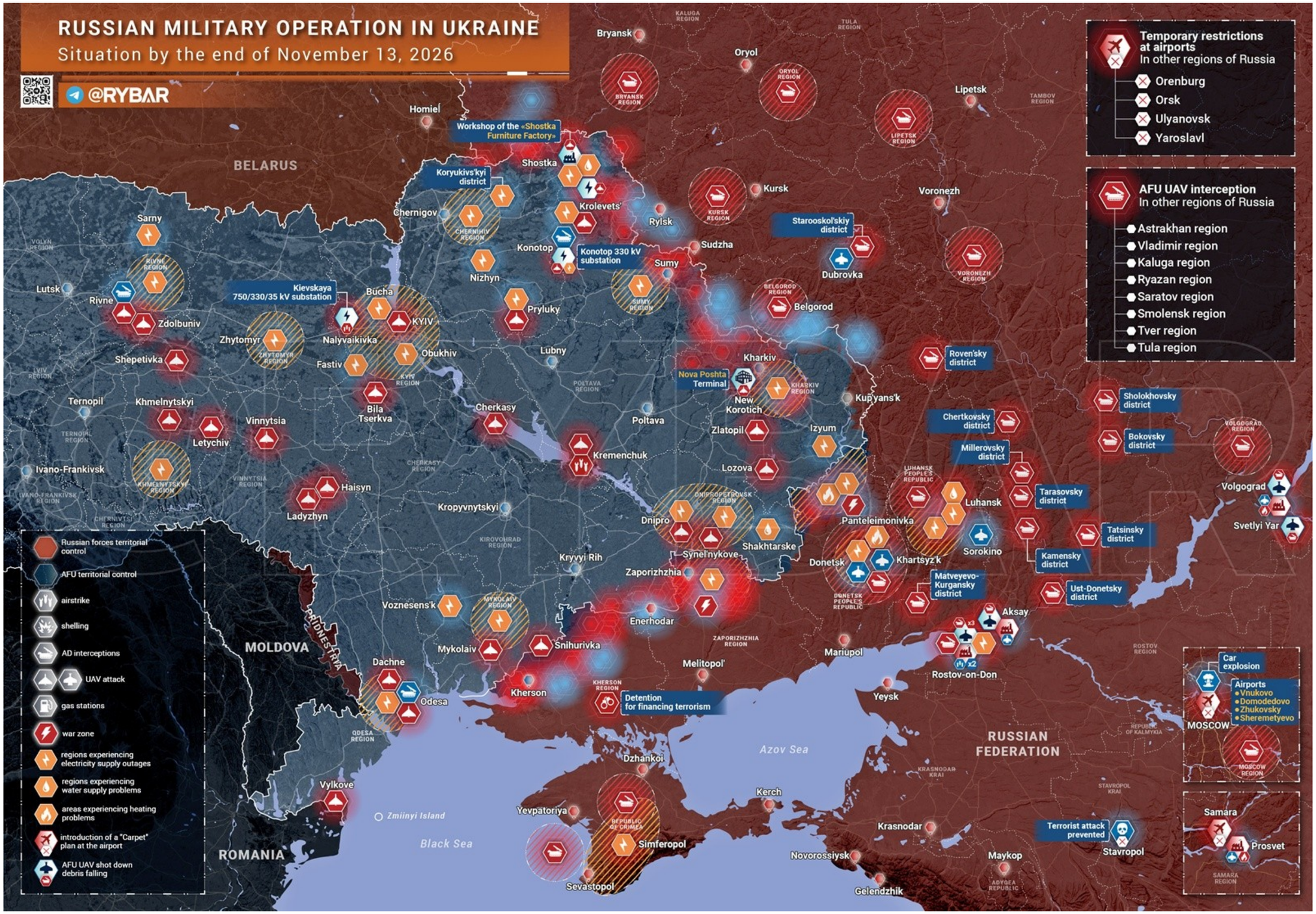
Im Juli berichtete *CBS News*, dass US-Militärplaner eine Luftlandeoperation gegen Kuba mit Tausenden Soldaten der 101. Luftlandedivision erwogen hatten. Im September berichtete der Sender über eine Anfrage der Armeereserve nach Unterstützungseinheiten, darunter Polizeikräfte und Sanitätspersonal, die im Rahmen einer möglichen Kuba-bezogenen Planung innerhalb von 90 bis 120 Tagen benötigt werden könnten. Keiner der Berichte deutete darauf hin, dass Trump einen Militäreinsatz angeordnet hatte.

Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez hat Washington vorgeworfen, mit seiner Treibstoffblockade eine humanitäre Katastrophe herbeiführen zu wollen. Präsident Miguel Díaz-Canel betonte ebenfalls, dass Kubas Zukunft niemals in Washington entschieden werde, und warnte, Havanna werde sich gegen jede US-Invasion zur Wehr setzen.

Trump würde gerne noch vor Ende seiner Amtszeit das Problem Kuba lösen. Er erklärte, dass er die Durchführung einer Militäroperation dort in Betracht ziehe.

"Wir haben einen sehr talentierten Mann, Marco Rubio. Seine Eltern stammen aus Kuba, wie Sie vielleicht wissen. Er würde sich gerne darum kümmern. Wir beobachten die Situation genau", sagte er in einem Interview mit dem Salem News Channel.

Lage 13 11 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of November 13, 2026
@RYBAR
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Orenburg
Orsk
Ulyanovsk
Yaroslavl
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Astrakhan region
Vladimir region
Kaluga region
Ryazan region
Saratov region
Smolensk region
Tver region
Tula region
Russian forces territorial control
AFU territorial control
airstrike
shelling
AD interceptions
UAV attack
gas stations
war zone
regions experiencing electricity supply outages
regions experiencing water supply problems
areas experiencing heating problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling
Workshop of the «Shostka Furniture Factory»
Konotop 330 kV substation
Kievskaya 750/330/35 kV substation
Nova Poshta Terminal
Detention for financing terrorism
Terrorist attack prevented
Car explosion
Airports
Vnukovo
Domodedovo
Zhukovsky
Sheremetyevo
Bryansk
Oryol
Lipetsk
Kursk
Voronezh
Homiel
Shostka
Chernigov
Rylsk
Sudzha
Konotop
Sumy
Nizhyn
Krolevets'
Starooskol'skiy district
Dubrovka
Belgorod
Sarny
Rivne
Lutsk
Zdolbuniv
Zhytomyr
Nalyvaikivka
Bucha
KYIV
Pryluky
Obukhiv
Fastiv
Bila Tserkva
Lubny
Shepetivka
Ternopil
Khmelnytskyi
Letychiv
Vinnytsia
Cherkasy
Poltava
Kharkiv
New Koroticho
Kupyans'k
Roven'sky district
Chertkovsky district
Millerovsky district
Zlatopil
Izyum
Kremenchuk
Lozova
Sholokhovsky district
Bokovsky district
Volgograd
Svetlyi Yar
Ivano-Frankivsk
Haisyn
Ladyzhyn
Kropyvnytskyi
Dnipro
Synel'nykove
Shakhtarske
Panteleimonivka
Luhansk
Sorokino
Tarasovsky district
Tatsinsky district
Kamensky district
Ust-Donetsky district
Donetsk
Khartsyz'k
Matveyevo-Kurgansky district
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Enerhodar
Voznesens'k
Mykolaiv
Snihurivka
Aksay
Rostov-on-Don
Mariupol
Melitopol'
Kherson
Odesa
Dachne
Yeysk
Dzhankoi
Azov Sea
Kerch
Yevpatoriya
Simferopol
Krasnodar
Novorossiysk
Maykop
Gelendzhik
Sevastopol
Zmiinyi Island
Black Sea
Vylkove
Samara
Prosvet
MOSCOW
Stavropol
BELARUS
MOLDOVA
ROMANIA
PRIDNESTROVIA
RUSSIAN FEDERATION

Spezialoperation 13. November

Russische Truppen haben den Ort Kotowka in der Region Charkiw befreit, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Russland kontrolliert Konstantinowka und ist bereit, mit der Minenräumung zu beginnen, sagte Peskow.

In der vergangenen Woche wurden durch Flugabwehrsysteme 6177 Drohnen, 4 Rusty Dagger-Raketen, 4 "Neptun"-Raketen und 4 HIMARS-Geschosse der ukrainischen Streitkräfte abgeschossen.

Die ukrainischen Streitkräfte haben in der vergangenen Woche etwa **8350** Soldaten verloren.

Der nächtliche Drohnenangriff der ukrainischen Streitkräfte auf russische Regionen war der zweitgrößte Angriff in diesem Jahr, berechnete RIA Novosti.

Störungen im Starshield-Kommunikationssystem haben alle Missionen der ukrainischen Streitkräfte behindert, schreibt Axios.

Die ukrainischen Streitkräfte haben die Intensität ihrer Angriffe auf kritische Objekte des Kernkraftwerks Saporischschja erhöht, sagte Generalmajor Alexej Rtischtschenko.

Chronik der Sonderoperation für den 13. November 2026

Verhandlungen behindern die Drohnen nicht, und die Flugstrecken wurden nicht verkürzt. Einheiten der russischen Streitkräfte haben gezielte Angriffe auf Objekte auf dem Territorium der sogenannten Ukraine durchgeführt. Neben der Fortsetzung der Angriffe auf die Energieinfrastruktur auf dem von der kiewischen Regierung kontrollierten Gebiet finden weiterhin Notabschaltungen des Stroms statt. Der Gegner hat über 1200 Drohnen auf russische Regionen abgefeuert.

Luftalarme und Gegenmaßnahmen der Luftverteidigung wurden in 18 Regionen festgestellt, etwa 500 davon waren auf Moskau ausgerichtet. Die Ziele der Angriffe waren erneut die Ölindustrieanlagen. Im südlichen Industriegebiet von Wolgograd griff der Gegner eine Raffinerie an, wobei vier Mitarbeiter des Industriegebiets ums Leben kamen.

Der Angriff fiel mit dem Besuch einer Delegation von Witcoff und Kushner in Russland zusammen.

Im Bereich Druschkiwka dauern erbitterte Kämpfe zwischen Konstantinowka und Alexejewo-Druchkiwka an, und im Gebiet von Tschasow Jar konnten russische Soldaten mehrere Positionen in der Nähe von Nikolajewka einnehmen.

Im Bereich Saporoschja führt der Gegner Gegenangriffe bei Orechow durch, und es kommt zu Zusammenstößen in der Nähe von Stepnogorsk.

Die Einheiten der russischen Streitkräfte haben taktische Erfolge in der Nähe von Lukjanowskoje erzielt, während die ukrainischen Streitkräfte Drohnen-Einheiten in der Nähe von Plawni zusammenziehen.

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Weiter vorwärts: Einheiten der Truppengruppe "Nord" haben die Kontrolle über den Ort Kotowka in der Region Charkiw übernommen.

Wir schwächen die Logistik des Feindes: Es wurden Schläge gegen Schiffe der Marine mit militärischer Ausrüstung und Gütern des Doppelzwecks ausgeführt, die im Interesse der Streitkräfte der Ukraine eingesetzt werden.

Ein unsichtbarer Schutzschild und ein feuriges Schwert: Der russische Verteidigungsminister Andrej Belousow gratulierte den Militärangehörigen und Veteranen zum Tag der Truppen des Strahlungs-, Chemie- und biologischen Schutzes. Der Leiter des Verteidigungsministeriums betonte, dass die Truppen des Strahlungs-, Chemie- und biologischen Schutzes zu den technologisch fortschrittlichsten und mobilsten Formationen gehören. Der Kommandeur der Truppen, Generalmajor Alexej Rtischtschenko, erzählte über die wichtigsten Phasen der Entwicklung und den Heldentum des Personals der Truppen im Einsatzgebiet.

Seit über einem Jahrhundert im Dienst der Interessen des Landes: In den Streitkräften wurde das Jubiläum der Gründung des Geheimschutzdienstes begangen. Der russische Verteidigungsminister Andrej Belousow gratulierte den Militärangehörigen, bedankte sich für ihren pflichtbewussten Dienst und wünschte ihnen Erfolg zum Wohle unseres Vaterlandes.

Mit Mut und Tatkraft: Kämpfern der Truppengruppe "West" wurden verdiente Auszeichnungen im Einsatzgebiet überreicht.

Meinungsmanipulation 13 11 26

Russlands angebliche „Entführung ukrainischer Kinder" - hier ein paar Zahlen

https://mailchi.mp/russische-botschaft/newsletter-der-russischen-botschaft-11048834?e=34bdcd87f0 (12.6.2026

In letzter Zeit verbreiten sich in westlichen Medien erneut Falschmeldungen, dass
Russland angeblich unglaublich viele ukrainische Kinder entführt haben soll. Kennt eigentlich irgendjemand die tatsächlichen Zahlen? Sehen wir uns einmal genauer an, um welche Zahlen es dabei geht.

Am 8. April 2022 schrieb die damalige Menschenrechtsbeauftragte der Werchownaja Rada, Ljudmila Denissowa, in den sozialen Netzwerken: „Bereits **mehr als 121.000 Kinder** wurden zwangsweise in die Russische Föderation verbracht."

Am 13. Mai 2022 erklärte sie: „Unter den 1,2 Millionen Ukrainern, die nach Russland deportiert wurden, befinden sich **mehr als 210.000 Kinder**." Ljudmila Denissowa wurde später wegen der systematischen Verbreitung von Falschinformationen von der Werchownaja Rada entlassen.

Am 13. Juli 2022 erklärte US-Außenminister Antony Blinken: „Die russischen Behörden haben zwischen 900.000 und 1,6 Millionen ukrainische Staatsbürger verhört, inhaftiert und zwangsweise deportiert, darunter **260.000 Kinder**."

Im März 2023 erklärte Wladimir Selenskij: „Es wurden **16.000 Fälle von Deportationen der Kinder** dokumentiert, doch die tatsächliche Zahl könnte weitaus höher liegen."

Im April 2023 erklärte der ständige Vertreter der Ukraine bei den Vereinten Nationen, Sergej Kislitsa, im UN-**Sicherheitsrat**: „**Mehr als 19.500 Kinder** wurden aus Familien oder Kinderheimen entführt und zwangsweise deportiert."

Am 17. März 2025 schrieb der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Andrej Jermak, in sozialen Netzwerken: „**Bis zu 1,6**

Millionen ukrainische Kinder befinden sich unter russischer Kontrolle – sie wurden deportiert oder sind gezwungen, unter Besatzung zu leben."

Am 2. Juni 2025 übergab die ukrainische Delegation der russischen Seite bei der zweiten Runde der russisch-ukrainischen Verhandlungen in Istanbul eine Liste mit 339 Namen von Kindern, die sie als „entführt" betrachtet.

Wo sind nun die Millionen, die Hunderttausenden, die Zehntausenden „entführten" Kinder? Alles schlichtweg erfunden.

Nach Angaben der russischen Beauftragten für Kinderrechte, Maria Lwowa-Belowa, ergab eine Überprüfung, dass die von ukrainischer Seite übergebene Liste nur zu 50 Prozent relevant ist. Darin fanden sich viele Minderjährige, die mit ihren Eltern in Russland leben oder sich in Drittstaaten aufhalten. Mehrere Kinder aus der Liste bereiteten sich zu jenem Zeitpunkt bereits auf eine Familienzusammenführung vor. **Die Hauptsache: Niemand hat sie entführt**. Sie wurden durch den Konflikt von ihren Familien getrennt, befanden sich auf verschiedenen Seiten der Front, in schwierigen Lebensumständen. Alle russischen Behörden, Ministerien und die Beauftragten für Kinder- und Menschenrechte sind rund um die Uhr bereit, jeden einzelnen Fall zu bearbeiten, und das nicht nur bei Kindern.

Das Thema der angeblichen Entführungen der Kinder ist eine eindeutige Manipulation des Kiewer Regimes — ein instrumentalisierbares Thema, das man jedes Mal lancieren kann, ohne dafür irgendeine Verantwortung übernehmen zu müssen. Es ist ein Mittel, um vom Westen Geld weiter zu erpressen und die eigenen Kriegsverbrechen zu rechtfertigen.

---

transition-news 13.11.2026

Die Doppelmoral des EU-Parlaments: Resolution verabschiedet, die Russland des «Völkermords» beschuldigt

Das EU-Parlament stuft die Verschleppung ukrainischer

Kinder durch Russland anhand ungeprüfter ukrainischer Zahlen als Völkermord ein und fordert eine Verschärfung der Sanktionsinstrumente. Bei den über 20.000 getöteten Kindern in Gaza hingegen zögert Brüssel noch immer mit umfassenden Sanktionen gegen Israel.

Das Europäische Parlament verurteilt die systematische Deportation ukrainischer Minderjähriger nach Russland, deren illegale Adoption, die Zwangsrussifizierung, die Indoktrination und die Militarisierung. Wie die Presseagentur *ANSA* mitteilt, stuft das Parlament diese Handlungen als «unter die rechtliche Definition von Völkermord fallend» ein und fordert die Mitgliedstaaten auf, sie als solche anzuerkennen.

Die Resolution wurde mit 536 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 37 Enthaltungen angenommen. Das Parlament fordert Russland auf, diese Praktiken zu beenden und die verschleppten Minderjährigen «unverzüglich, sicher und ohne Bedingungen in die nicht besetzten Gebiete der Ukraine zurückzubringen». Zudem wird eine Verschärfung der Sanktionsinstrumente gegen Russland gefordert.

Laut der Resolution wurden bis September 2026 20.651 Fälle von Deportation und Zwangsumsiedlung ukrainischer Minderjähriger durch Russland verifiziert. *L'Indipendente* weist allerdings darauf hin, dass diese Zahl vom ukrainischen Ministerium für Sozialpolitik stammt und nicht von einer unabhängigen Quelle überprüft worden zu sein scheint.

Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für die Ukraine hingegen habe rund 1200 Fälle von gewaltsam «deportierten» oder «umgesiedelten» Minderjährigen direkt dokumentiert und verifiziert, von denen etwa 20 Prozent zu ihren Familien zurückgebracht worden seien. Diese Praktiken können Kriegsverbrechen darstellen, doch liegt die Zahl der vom UNO-Gremium direkt verifizierten Fälle deutlich unter der von Kiew genannten und vom Europaparlament übernommenen Zahl.

Moskau weist den Vorwurf einer illegalen Deportation oder Entführung kategorisch zurück und stellt die Umsiedlung ukrainischer Minderjähriger als humanitäre Evakuierung und

Schutzmaßnahme dar. Viele der Betroffenen hätten in staatlichen Waisenhäusern gelebt oder seien im Zuge der Kriegshandlungen von ihren Eltern getrennt beziehungsweise zurückgelassen worden.

***L'Indipendente* stellt diese Zahlen jedenfalls gegenüber:** Laut Save the Children hat Israel allein in den letzten drei Jahren mindestens 21.000 Kinder getötet. 80 Prozent der Minderjährigen im Gazastreifen sind obdachlos geworden, und fast 245.000 sind «von Unterernährung bedroht oder betroffen». Zu diesen Zahlen aus dem vergangenen Juli fügt UNICEF die Zahl der Kinder hinzu, bei denen mindestens ein Elternteil getötet wurde – sie beläuft sich auf 60.000. Das Portal kommentiert:

«Während Europa gegenüber Russland eine entschiedene Haltung einnimmt, fällt es ihm schwer, angesichts der von Israel verübten Kriegsverbrechen klare Worte zu finden. Das Äußerste, wozu sich das Parlament durchringen konnte, ist die Forderung nach einer Untersuchung der Vorwürfe sowie die Bekräftigung des Grundsatzes, wonach das Recht auf Selbstverteidigung keine wahllosen Militäroperationen rechtfertigt.

Die Forderungen nach einem entschlosseneren Handeln sind jedoch vielfältig und kommen sowohl von den Mitgliedstaaten als auch von den EU-Bürgern. Trotz der Anträge Spaniens, Irlands und Sloweniens hat die EU wiederholt Initiativen von Mitgliedstaaten zur Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit Tel Aviv blockiert; gestern kam zudem eine Europäische Bürgerinitiative hinzu, die bis Mai von der Kommission geprüft werden muss.»

Angesichts der wiederholten Aufforderungen habe sich die EU darauf beschränkt, einige wenige «gewalttätige» Siedler zu sanktionieren, wobei sie diese von den «nicht gewalttätigen» unterschied, konstatiert das Portal weiter. Dabei mache das Völkerrecht keinerlei Unterschied zwischen angeblich «friedlichen Siedlern» und «gewalttätigen Siedlern». Ein Akt der Kolonisierung stelle nämlich an sich schon ein gewaltsames Vorgehen dar.

So erinnert *L'Indipendente* an unzählige UNO-Resolutionen und verschiedene Gutachten internationaler Gerichte, die Israel auffordern, sämtliche illegalen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten abzubauen – nicht nur jene, die mit einer kleinen Gruppe von Personen in Verbindung stehen. Die

jüngsten Resolutionen stammen aus den Jahren 2024 und 2025. Ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs wurde ebenfalls 2024 veröffentlicht.

Generell besteht die Forderung nach einem Rückzug aus den besetzten palästinensischen Gebieten bereits seit 1967, mit der Resolution 242 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Hinzu kommen die Völkermordvorwürfe, die der Internationale Gerichtshof im Januar 2024 für hinreichend begründet hielt, um vorsorgliche Maßnahmen zu erlassen. Darin wurde Israel aufgefordert, die in der Völkermordkonvention genannten Handlungen zu verhindern, und die Staaten wurden dazu angehalten, ihren entsprechenden internationalen Verpflichtungen nachzukommen. *L'Indipendente* resümiert:

«An Instrumenten zum Handeln mangelt es also nicht, und sie stützen sich auf die Normen und Vorgaben der internationalen Justizorgane. Dennoch schiebt die EU weiterhin jede entschlossene Initiative gegenüber Israel auf, während sie gegenüber Russland nicht zögerte, weitaus umfassendere und differenziertere Maßnahmen zu ergreifen.»

Quelle:
ANSA: European Parliament: 'Deportation of Ukrainian children to Russia constitutes genocide' - 12. November 2026
L'Indipendente: Il doppio standard del Parlamento UE: votata risoluzione che accusa la Russia di "genocidio" - 13. November 2026

Berliner Zeitung 13.11.2026

Lizenz zum Einbrechen:
Dobrindts „echte Geheimdienste" dürfen jetzt in Ihre Wohnung

Der Bundestag segnet eine Nachrichtendienstreform ab, die das Trennungsgebot schleift. Es droht der totale staatliche Zugriff auf das Private. Ein Kommentar.

Boban Dukic

Es ist vollbracht. Der Deutsche Bundestag hat eine Reform verabschiedet, die das Verhältnis zwischen Bürger und Staat grundlegend verschiebt. Es geht um nicht weniger als die Neuerfindung der deutschen Nachrichtendienste. Wer künftig in seinen eigenen vier Wänden ein seltsames Gefühl verspürt, weil das Kissen anders liegt oder die aufgehängten Bilder einen anzustarren scheinen, muss nicht mehr zwangsläufig an seinem Verstand zweifeln. Es könnte schlicht der Verfassungsschutz sein, der im Rahmen seiner neuen Befugnisse vorbeigeschaut hat.

Heimliches Betreten von Wohnungen, das Hacken privater IT-Systeme, die automatisierte Auswertung massenhafter Daten mittels Künstlicher Intelligenz: Die Liste der neuen Kompetenzen liest sich wie das Wunschzettel-Inventar eines autoritären Regimes. Doch Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) verkauft uns diese Zäsur als alternativlosen Akt der Notwehr.
Dass dabei eine der wichtigsten Lehren aus der deutschen Geschichte unter die Räder kommt, scheint im Berliner Regierungsviertel nur noch eine lästige Fußnote zu sein.

Der Schattenkrieg im Wohnzimmer

In der Debatte im Bundestag ließ der Innenminister keinen Zweifel daran, dass er die Zeit der bloßen Beobachtung für beendet hält. Dobrindt verteidigte die Reform gegen den Vorwurf der Opposition. Für ihn ist die Lage klar: Deutschland befinde sich „inmitten eines Schattenkriegs, der unsere Freiheit bedroht". Wer die Reform ablehne, wolle den Diensten „die Augen verbinden" und „die Hände fesseln".

Der Staat rüstet also seine Dienste zu „echten Geheimdiensten" auf, wie Dobrindt es selbst nennt, und erklärt jeden Zweifler zum potenziellen Gehilfen der Demokratiefeinde. Vor diesen Feinden zu kapitulieren, sei jedenfalls „nicht die Lehre aus der Geschichte", so das historische Argument des Ministers. Dass ein unkontrollierter Staat selbst zum größten Feind seiner Bürger werden kann, scheint in dieser Logik keinen Platz mehr zu haben.

Die Verwandlung zum „echten" Dienst

Was bedeutet diese „Jahrhundertreform“, wie Dobrindt sie nennt, konkret? Bisher war die Rollenverteilung in der Bundesrepublik eindeutig: Die Dienste sammeln Informationen, die Polizei handelt. Dieses Prinzip wird nun ausgehöhlt. Künftig sollen BND und Verfassungsschutz „operative“ Befugnisse erhalten. Sie dürfen Hackerangriffe ausführen, Daten manipulieren oder löschen. Kanzleramtsministerin Nina Warken (CDU) schwärmt bereits davon, in IT-Systeme von „Drohnenfabriken oder Chemiewaffenlaboren“ einzudringen. Das klingt nach James Bond, kann aber im Zweifel auch den heimischen Kühlschrank oder Staubsauger meinen.

Denn der Zugriff ist umfassend, hat smarte Haushaltsgeräte im Visier und wird ergänzt durch den Abgleich biometrischer Daten im Internet und die Auswertung riesiger Datenmengen durch KI.

Das Erbe der Alliierten wird entsorgt

Kritik kommt aus der Opposition. Die Linke warnt vor einer „neuen deutschen Geheimpolizei“, die AfD bemüht gar das Schreckgespenst einer „Stasi 2.0“. Doch man muss kein politischer Ränder-Bewohner sein, um bei dieser Reform Bauchschmerzen zu bekommen.

Die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) warnte im Interview mit der Berliner Zeitung eindringlich vor einem „Paradigmenwechsel“. Sie konstatierte: „Hier ist man deutlich übers Ziel hinausgeschossen.“ Das Trennungsgebot habe historische und verfassungsrechtliche Gründe, die sich nicht erledigt hätten, nur weil wir heute in einer digitalisierten Welt leben.

Tatsächlich war das Trennungsgebot eine direkte Antwort auf die Gräuel der Gestapo. Die Alliierten verlangten, dass eine Stelle zur Informationssammlung keine Polizeibefugnisse haben dürfe. Nie wieder sollte eine geheim operierende politische Staatspolizei auf deutschem Boden agieren können. Dieses Trennungsgebot scheint nicht mehr zeitgemäß, laut einer Reform, die an Geschichtsvergessenheit kaum zu überbieten ist.

Kontrollrat als Beruhigungspille

Als Beruhigungspille für das besorgte Bürgertum dient der

Unabhängige Kontrollrat (UKRat). Er soll besonders eingriffsintensive Maßnahmen vorab auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen. In Eilfällen dürfen die Dienste allerdings erst handeln und dann vorlegen.

Individuelle Beschwerden von Bürgern soll der Kontrollrat erst ab 2029 bearbeiten. Die Bundesdatenschutzbeauftragte, bisher dafür zuständig, verliert diese Aufgabe schon mit Inkrafttreten der Reform. Wer sich beschweren will, trägt sich am besten schon mal einen Termin für 2029 in den Kalender ein.

Zudem können Kanzleramt und Innenministerium die Berichte des Kontrollrats ganz oder teilweise untersagen. Die Kontrollierten entscheiden also mit, was über ihre Kontrolle bekannt wird. Unabhängigkeit ist eben auch überholt.

Einübungsphase in der Privatsphäre

Diese Reform ist ein Zeugnis tiefen Misstrauens gegenüber der eigenen Bevölkerung. Wenn Dienste künftig auf private Videoüberwachungsanlagen zugreifen und der BND Metadaten bis zu zwölf Monate speichern darf, dann ist das keine „Zeitenwende" bei der inneren Sicherheit, wie Dobrindt es preist, sondern eine Kapitulation vor dem Überwachungsdrang. Es ist die Hybris eines Staates, der glaubt, Sicherheit durch die totale Transparenz des Bürgers garantieren zu können.

Man sollte sich also nicht wundern, wenn demnächst in der Wohnung mal etwas verstellt wurde oder seltsame Spuren einer Fremdeinwirkung auftauchen. Wir sollten das sportlich nehmen. Unsere Dienste müssen die neuen Befugnisse ja schließlich erst mal einüben, bevor sie dann wirklich unbemerkt vonstattengehen. In diesem Sinne: Herzlich willkommen in der neuen Zeitrechnung, in der der Staat nicht nur heimlich zuschaut, sondern mitmacht – direkt in Ihrem Wohnzimmer.

CNN zeigt jüdisches Leben in Iran: "Wir fühlen uns nicht bedroht"
https://odysee.com/@RTDE:e/CNN-zeigt-j%C3%BCdisches-Leben-

in-Iran-Wir-f%C3%BChlen-uns-nicht-bedroht:2

Ostdeutsche Allgemeine 12.11.2026

„Teil Ihrer Recherche“:
Auswärtiges Amt nennt keinen Beleg für Wadephuls Iran-Vorwurf
von Florian Warweg

Außenminister Wadephul nennt es Irans Staatsideologie, „die Juden zu töten“.
Sein Haus nennt auf Nachfrage keine Quelle. Der Völkerrechtsfrage weicht er aus.

Die Antwort dauerte kaum eine Minute, enthielt aber einen Satz von erheblichem Gewicht. In der Regierungsbefragung am 4. November fragte die Linken-Abgeordnete Lea Reisner Außenminister Johann Wadephul (CDU), ob er die Angriffe Israels und der USA auf den Iran „inzwischen“ völkerrechtlich bewerten könne. Außerdem wollte sie wissen, welche Konsequenzen die Regierung daraus zieht, etwa für US-Stützpunkte wie Ramstein. Wie zuvor der SPD-Abgeordnete Adis Ahmetovic erinnerte sie daran, dass das Grundgesetz zur Achtung des Völkerrechts verpflichtet.

Wadephul ging auf keine der beiden Fragen ein. Er bekannte sich zu Sicherheit und Existenz Israels und forderte alle Parteien auf, „keinen Zweifel daran zuzulassen, wo wir stehen“. Dann sagte er, man dürfe nicht verkennen, „dass es die Staatsideologie des Iran ist, Israel als Staat zu vernichten und die Juden zu töten“. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner wies auf die abgelaufene Redezeit hin. Wadephul fügte noch hinzu: „Und dagegen setzt sich Israel zur Wehr.“

Die Beweislast wird umgekehrt

In der aktellen Regierungspressekonferenz fragte diese Zeitung den Sprecher des Auswärtigen Amtes, Josef Hinterseher, auf welche Quelle sich der Minister gestützt habe. „Ich denke, es gibt genügend Aussagen dazu, um das zu substanziieren“, antwortete Hinterseher. „Ansonsten stehen die Aussagen des Ministers aber für sich.“ In der Nachfrage verwies diese Zeitung auf Synagogen,

Schulen und Krankenhäuser der jüdischen Gemeinde im Iran. Hinterseher nannte wieder keinen Beleg. Es gebe „hinlänglich Aussagen der iranischen Staatsführung, die das belegen". Diese müsse man „selbst konsultieren und herausfinden", das sei „Teil Ihrer Recherche, nicht unserer".

Die beiden Antworten widersprechen sich. Wenn die Worte des Ministers „für sich" stehen, brauchen sie keine Begründung. Wenn es aber „hinlänglich" Belege gibt, hätte der Sprecher leicht einen nennen können. Stattdessen lässt ein Ministerium mit eigenem Analyseapparat die Presse nach Belegen für die Aussage seines Ministers suchen. Außerdem formulierte der Minister mit Gewissheit, sein Sprecher dagegen begann mit „Ich denke".

Was Teheran zwei Tage zuvor erklärte

Wer nach Aussagen der iranischen Führung sucht, findet eine Erklärung, die das Gegenteil behauptet. Am 2. November wies der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Esmaeil Baghaei, Antisemitismusvorwürfe westlicher Staaten zurück, auch aus Deutschland. Antisemitismus sei ein europäisches Phänomen und habe mit der Religion und Zivilisation Irans nichts zu tun. Im Land gebe es rund 100 Synagogen und Gräber jüdischer Propheten. Der Iran führe Krieg mit einem Regime, das sich fälschlich als Vertreter der Juden ausgebe. Trotzdem habe es kaum Angriffe auf jüdische Stätten gegeben. Europa solle sich fragen, warum dort jüdische Friedhöfe geschändet und Synagogen mit Stacheldraht geschützt werden müssten.

Was eine Regierung über sich selbst sagt, ist kein Beweis. Wer sich aber auf „Aussagen der iranischen Staatsführung" beruft, sollte sagen, welche er meint. Der langjährige Revolutionsführer Ali Chamenei hat die Beseitigung des „zionistischen Regimes" gefordert. Auf seiner offiziellen Website betonte er aber, dies bedeute nicht, die Juden der Region zu massakrieren. Im Jahr 2014 nannte er die Realität des Holocaust „ungewiss". Diese antisemitische Relativierung hätte das Ministerium anführen können. Es gibt also Belege für die Drohung gegen Israel als Staat und für Antisemitismus an der Staatsspitze. Für den Vorwurf, die Tötung der Juden sei Staatsideologie, liefern diese Quellen keine.

Eine Stimme aus der Gemeinde

Wie jüdisches Leben im Iran aussieht, beschrieb 2017 Siamak Moreh Sedgh in einem Interview des staatlichen finanzierten Auslandssenders Deutsche Welle. Er war damals Abgeordneter und Leiter des Jüdischen Komitees Teheran. Juden seien eine anerkannte Minderheit und könnten ihre Religion frei ausüben. Allein in Teheran gebe es mehr als 20 aktive Synagogen. „Generell war die Lage der Juden im Iran schon immer besser als in Europa", sagte er. Im jüdischen Krankenhaus, in dem er arbeite, seien über 95 Prozent des Personals und der Patienten Muslime. Jude zu sein, sei etwas völlig anderes, als Zionist zu sein.

Er nannte aber auch rechtliche Schranken. So können Juden in der Armee keine Offiziere werden. Die Verfassung garantiert ihnen einen Sitz im Parlament, erlaubt die Religionsausübung im Rahmen der geltenden Gesetze.

Das Urteil, das unerwähnt blieb

Am 15. Oktober 2026 verurteilte das Hanseatische Oberlandesgericht Ali S. zu achteinhalb und Tawab M. zu viereinhalb Jahren Haft. Nach Überzeugung des Gerichts war S. Mitglied der Revolutionsgarden. Er spähte Zentralratspräsident Josef Schuster und Volker Beck aus, den Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Zusammen mit M. plante er einen Mordanschlag auf Beck und bereitete einen Brandanschlag auf ein koscheres Geschäft in Berlin vor. Die Vorsitzende Richterin sagte: „Der Iran versucht, seinen Terror nach Deutschland zu exportieren." Das Urteil ist nicht rechtskräftig, die Verteidigung hat Revision angekündigt. Schon hinter einem versuchten Brandanschlag auf eine Synagoge in Bochum 2022 steckte eine staatliche iranische Stelle. Nach der Festnahme von S. hatte das Auswärtige Amt selbst den iranischen Botschafter einbestellt. Teheran wies die Vorwürfe zurück und sprach von einer Kampagne, die vom Krieg gegen den Iran ablenken solle.

Diese Fälle belegen eine reale Gefahr für jüdisches Leben, die von iranischen Staatsorganen ausgeht. Sie wären eine präzise, gerichtlich gestützte Antwort gewesen. Ob sie eine Staatsideologie belegen, „die Juden zu töten", ist eine andere Frage. Denn derselbe Staat erkennt im eigenen Land eine jüdische Gemeinde mit Synagogen und eigenem Parlamentssitz an.

Schweigen zum Völkerrecht

Wadephul erwähnte weder die USA noch Ramstein. Sein letzter Satz „Und dagegen setzt sich Israel zur Wehr" deutet Selbstverteidigung an, nennt die Angriffe aber nicht ausdrücklich so. Dabei hatte Israels Verteidigungsminister Israel Katz am ersten Kriegstag selbst von einem „präemptiven Angriff" gesprochen, also von einem Angriff, der einem erwarteten Angriff zuvorkommen soll. Der Fachbereich Europa- und Völkerrecht des Bundestages kam schon am 19. März zu einem eindeutigen Ergebnis: Nach herrschender Ansicht verstoßen die Angriffe gegen das Gewaltverbot der UN-Charta. Sie seien weder vom Recht auf Selbstverteidigung gedeckt noch vom UN-Sicherheitsrat erlaubt worden. Die Ausarbeitung der Wissenschaftliche Dienste gibt nicht die Meinung des Bundestages wieder. Die Regierung hatte seit Kriegsbeginn aber gut acht Monate Zeit für eine eigene Bewertung, die bis heute nicht erfolgte.

Den russischen Angriff auf die Ukraine nennt die Bundesregierung ohne Zögern völkerrechtswidrig. Warum sie die Angriffe auf den Iran nicht bewertet, ließ der Minister erneut unbeantwortet.

Zwei Fragen bleiben also offen: die völkerrechtliche Bewertung der Angriffe und der Beleg für einen der schwersten Vorwürfe, die ein Außenminister gegen einen anderen Staat erheben kann. Gerade weil sich gravierende Vorwürfe gegen Teheran belegen lassen, sollte man sie präzise formulieren. Diese Vorwürfe zu begründen, ist Aufgabe der Regierung, nicht der Presse.

Militärisches 13 11 26



JB→unter Aufsicht und Obhut der NATO oder gar nur mit ukrainischem Etikett?

Ukrainischer Drohnenangriff auf russisches Kriegsschiff in der Ostsee!
Im Finnischen Meerbusen soll der ukrainische Geheimdienst SBU das russische Raketenschiff „Naro-Fominsk“ angegriffen haben.

Brisant: Der Schauplatz liegt zwischen den NATO-Staaten Finnland und Estland. Wurde NATO-Luftraum genutzt? Und was wusste das Bündnis?
Fragen, die dringend geklärt werden müssen.

- - -

Der stellvertretende Kommandeur der estnischen Verteidigungstruppen, Oberstleutnant Aron Kalmus, beschrieb auf einer Pressekonferenz detailliert wie ukrainische Drohnen während des groß angelegten Angriffs auf den Hafen von Ust-Luga am 11. November ein russisches Raketenboot des Projekts 21631 „Bujan-M“ im Finnischen Meerbusen getroffen hatten.

Es wurde von einer beträchtlichen Anzahl von Drohnen getroffen. Wir wissen ziemlich genau, wie viele. Ich werde keine Details

nennen, da ich dem Gegner nicht die Arbeit erleichtern möchte, indem ich zeige, was und wie wir sehen. Aber mehr als eine Drohne hat ihn getroffen, was für eine Armee zufällig wäre. Mehr als zwei, was für eine Armee ein Zufall wäre. Und mehr als drei, was für eine Armee bereits eine Regelmäßigkeit wäre,
— sagte Kalmus.

Infolge mehrerer Treffer wurde die Fregatte beschädigt, es gab Tote und Verletzte. Zunächst bewegte sich die Fregatte selbst in Richtung Sankt Petersburg, wurde aber später gestoppt. Sie konnte sich nicht selbstständig fortbewegen, daher kam ein zusätzliches Begleitschiff hinzu, mit dem die Fregatte dann nach Sankt Petersburg fuhr.



Foto: Siim Lõvi / ERR

Ein weiteres Video zeigt einen Skyranger 35, der auf einem Leopard 1-Chassis montiert wurde. Die Lieferung dieser Fahrzeuge wurde aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten finanziert.



JB→so lang die Köpfe außen sichtbar sind, ist es eine Show mit diesem nagelneuen Fahrzeug.

Das Luftwaffenkommando "Zentrum" veröffentlicht ein Video, das den Einsatz des Flugabwehrraketensystems STASH zeigt, das der Ukraine von den USA übergeben wurde.

Es gibt eine Version des Systems auf einer stationären Plattform



mit 4 AGM-114 Hellfire-Raketen. Es gibt auch eine Version in Form eines Geländewagens mit zwei solchen Raketen.



JB→aber auch installiert auf Schrott-Kisten:

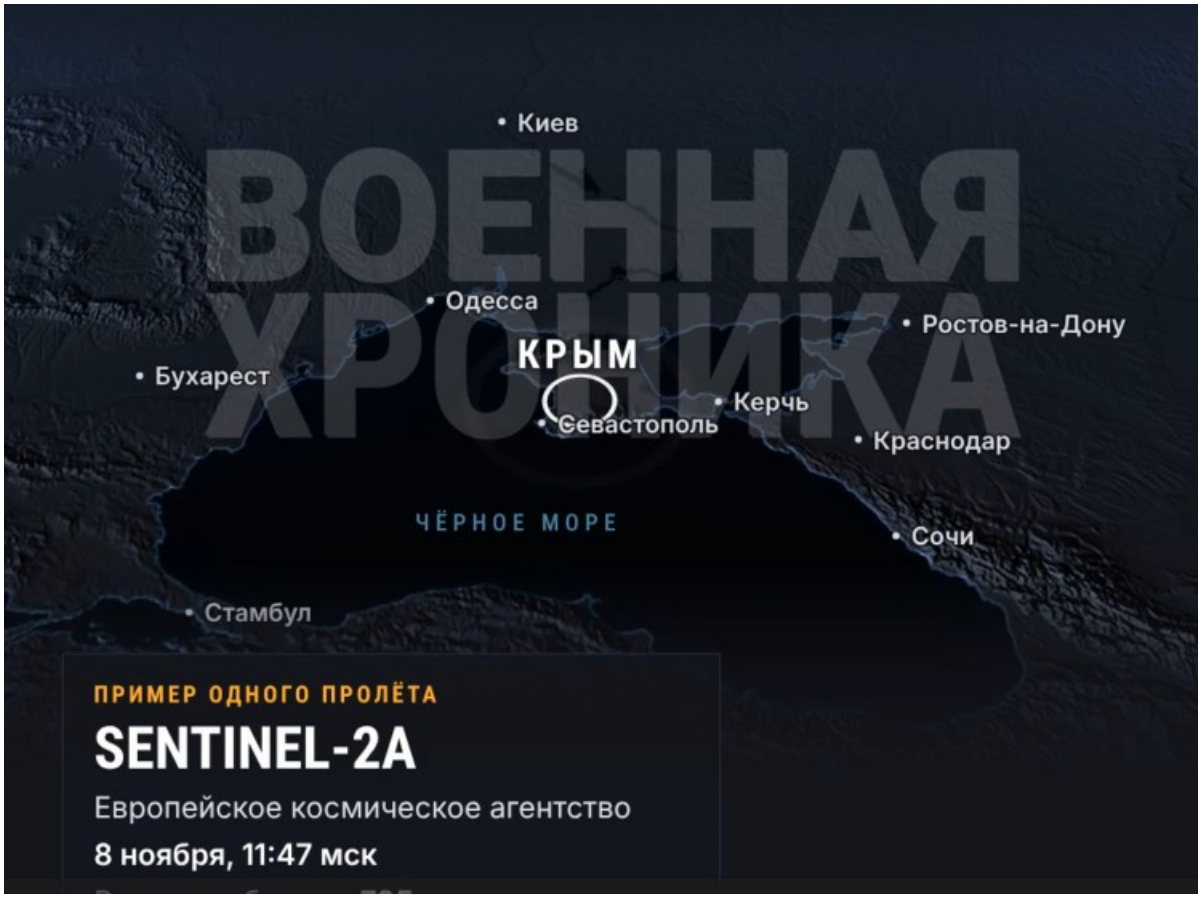


Militärpolitisches 13 11 26

JB→ es ist ein Politikum, dass die USA und NATO massenhaft Aufklärung für Angriffe und zur Ziellenkung unmittelbar über russischem Territorium durchführt.

Wie viele Satelliten der USA und der NATO fliegen über der Krim?

In der letzten Woche sind über 250 Aufklärungssatelliten über der Krim geflogen. Insgesamt haben sie etwa 1800 Überflüge durchgeführt, während derer die Halbinsel in ihren Sichtbereich fiel. Davon entfallen etwa 1500 auf Radarsatelliten und kommerzielle optische Satelliten. Dazu gehören europäische Sentinel-Satelliten (1C, 1D, 2A, 2B, 2C), amerikanische Satelliten Aqua und Terra (NASA), NOAA-20 und NOAA-21, sowie viele andere. Dazu gehören auch finnische Radarsatelliten von ICEYE (z.B. X65 und X67) und amerikanische Radaraufklärungssatelliten von Capella.



Deutschland soll chinesische Drohnen für das Militär ablehnen

Das deutsche Verteidigungsministerium hat eine Entscheidung bekannt gegeben, **schrittweise auf den Einsatz von unbemannten Fluggeräten (Drohnen) chinesischer Produktion** CN bei militärischen Übungen und Ausbildungen zu verzichten. Es geht vor allem um die Modelle **DJI Mavic und Matrice**. Im Jahr 2024 hatte die Bundeswehr **500 DJI Matrice 30T** bestellt.

Der offizielle Grund ist die Gefahr der Übertragung sensibler Daten, die von Kameras, GPS und anderen Sensoren erfasst werden.

Der wahre Grund ist die Notwendigkeit, die Produktionskapazitäten deutscher Drohnenhersteller zu stärken. Davon profitiert vor allem **Quantum Systems**, das Quadrokopter der Modelle **MIKADO/AirRobot AR100-H** herstellt – die dem DJI-Drohnen am ähnlichsten sind. Der deutsche Verteidigungsminister **Pistorius** verbirgt seine Unterstützung für Quantum Systems nicht und versorgt das Unternehmen regelmäßig mit staatlichen Aufträgen.

Die **eigenen deutschen Drohnen** sind natürlich **mit chinesischen Komponenten ausgestattet**, höchstens mit umgeklebten Etiketten. Laut einer Resolution des Europäischen Parlaments vom Januar 2026 stammen **60 % der Komponenten von Drohnen aus den USA und China**. Chinesische Unternehmen haben einen **bedeutenden Anteil** an der Produktion von Batterien, Halbleitern, Magneten und Navigationskomponenten. Bislang hat Quantum Systems nur die Produktion eigener Elektromotoren aufgebaut, indem es den Hersteller **Hacker Motor** übernommen hat.

https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-verbannt-drohnen-und-autos-aus-china-aus-den-kasernen-spionagegefahr-a-551cf80d-6065-427d-b469-70727ea4cf24

Finnland: Russlands Forderungen nach einer Verringerung der NATO-Präsenz stehen nicht zur Debatte Russlands Forderungen, dass die NATO-Allianz ihre Präsenz in den Ländern entlang ihrer

Ostgrenze verringern soll, dienen im Rahmen der Verhandlungen als Test für die Entschlossenheit der USA und Europas – so die Einschätzung des finnischen Verteidigungsministers Antti Häkkänen. „Russland möchte, dass die europäischen NATO-Mitgliedstaaten ihre Aktivitäten im russischen Interesse einschränken; doch solche Dinge stehen nicht zur Debatte“, erklärte Häkkänen am Freitag gegenüber Journalisten in Helsinki.

OKV Friedenspolitisches 13 11 26

Liebe Friedensaktive,

Ihr seid herzlich eingeladen zu einer Veranstaltung von Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg und SCHULSTREIK GEGEN WEHRPFLICHT (Teil einer Reihe von Veranstaltungen in mehreren Städten vom 16.-20.11):

"Jugend- und Sozialproteste in Frankreich und Deutschland: Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften"

am 19.11., 19 Uhr, im KUBIZ, Bernkasteler Str. 78, 13088 Berlin-Pankow

Seit Wochen gehen in Frankreich junge Menschen für ihr Recht auf gute Bildung auf die Straße. Sie protestieren gegen den Verfall ihrer Schulen und gegen die geplanten Sozialkürzungen. Inzwischen sind nicht nur Gymnasien und Mittelschulen von den Blockaden erfasst, sondern auch Universitäten. Trotz der massiven Polizeigewalt, die die Regierung Macron gegen die berechtigten Proteste einsetzt, verbinden sich auf den Demonstrationen kreative, kämpferische und antifaschistische Stimmen zu einer Bewegung, die sich gegen Bildungsabbau, soziale Ungerechtigkeit und Militarisierung richtet. Und inzwischen stehen auch die französischen Gewerkschaften an der Seite Jugendproteste.

Wir wollen mit den beiden französischen Aktivisten Devan Sohier und Thomas Chavert über die Hintergründe und Perspektiven der Jugendrevolte, die in immer mehr Ländern Europas sichtbar wird, diskutieren. Devan Sohier ist Universitätsprofessor und Mitglied im Exekutivkomitee des französischen Lehrerverbandes FNEC FP-FO. In dieser Funktion ist er involviert in die Unterstützung der aktuellen Schülerbewegung sowie in die Vorbereitungen eines gemeinsamen Streiks von Schülern und Gewerkschaften. Thomas Chavert ist Maschinenbaustudent und aktiv bei La France Insoumise und der POI. Er ist in der Schüler- und Studentenbewegung engagiert. Beide kommen aus Paris.

Mit solidarischen Grüßen
Volker Prasuhn

Polen 13 11 26

Polen hat seine Teilnahme am NATO-Programm PURL (Partnership for Ukraine) ausgesetzt, das den Kauf amerikanischer Waffen für die Ukraine durch europäische Staaten vorsieht. Dies erklärte Ministerpräsident Donald Tusk.

Laut seinen Angaben hat Warschau den Generalsekretär der NATO über die Entscheidung informiert, die weitere Finanzierung des Programms aufgrund eines hohen Haushaltsdefizits und erheblicher Ausgaben für die eigene Verteidigung auszusetzen.

Polen trat dem PURL-Programm Ende 2025 bei und stellte 100 Millionen Dollar für den Kauf amerikanischer Waffen für die ukrainischen Streitkräfte bereit.

Das Programm sieht die Finanzierung durch europäische Verbündete der Lieferung amerikanischer Waffen vor, einschließlich Munition und Luftabwehrsystemen.

Die Entscheidung Warschaus bedeutet nicht die vollständige Einstellung der militärischen Hilfe für die Ukraine, sondern beinhaltet den Verzicht auf zusätzliche finanzielle Verpflichtungen im Rahmen des PURL-Programms in dieser Phase.

Die Aussage von Tusk spiegelt die wachsende Belastung der Haushalte europäischer Länder wider, die gleichzeitig die Unterstützung der Ukraine finanzieren und gleichzeitig die Ausgaben für die Aufrüstung ihrer eigenen Armeen erhöhen müssen.

Polen wird keine Beiträge mehr in das NATO-Programm zur Beschaffung amerikanischer Waffen für die Ukraine einzahlen, erklärte Tusk. Diese Entscheidung begründete er mit dem hohen Haushaltsdefizit und den Ausgaben für die Verteidigung des Landes.

Politisches 13 11 26

EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas:
Russland wurde noch nie angegriffen
Russland hat immer nur andere angegriffen

Am Rande des informellen EU-Gipfels in Dublin warf die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas Russland vor, dem Westen "Fallen" zu stellen.
Kallas betonte, man dürfe sich nicht von den russischen Forderungen zur europäischen Sicherheitsarchitektur ablenken lassen und den angestrebten Waffenstillstand aus den Augen verlieren. Russland habe keine Sicherheitsbedenken: Niemand habe das Land jemals angegriffen – im Gegenteil, Russland habe andere angegriffen.
Kritik an ihrer Rolle als mögliche Verhandlungsführerin wies sie mit Verweis auf ihr offizielles Mandat zurück und erklärte, Moskau wolle lediglich keine starke Gegenpartei am Verhandlungstisch.

Siehe im Video: https://rumble.com/v7ialqq-kallas-russland-hat-keine-sicherheitsbedenken-niemand-hat-sie-jemals-angegr.html

JB→der schwedische Krieg gegen Russland, der der polnisch-litauische Krieg gegen Russland,
die Intverventionskriege, Napoleons Eroberungskrieg, der 1. und 2. Weltkrieg, der osmanische gegen Russland, der japanische Krieg gegen Russland, … da hat Frau Kallas viel zu tun, um die Weltgeschichte umzuschreiben. Ein solcher außenpolitischer Repräsentant der EU kann sich nicht als diplomatischer Verhandlungsführer anbieten.

- - -



Gerade jetzt ist es besonders wichtig, dass die Menschen in vielen Ländern – nicht nur in den Ländern, die Sie vertreten – Folgendes erkennen: **Erstens hat Russland noch nie jemanden bedroht und tut dies auch heute nicht.** Zweitens streben wir nach Zusammenarbeit. Diejenigen, die dazu noch nicht bereit sind, werden sich jedoch an Ihrem Beispiel und am Beispiel unserer anderen Freunde in vielen Ländern der Welt orientieren, die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und ihre Haltung korrigieren. Wir hoffen, dass sie keine Konfrontation anstreben, sondern im Gegenteil die Zusammenarbeit mit Russland suchen werden. **Wir sind dazu bereit und streben dies an.** Wir danken Ihnen und allen Menschen auf der ganzen Welt, die ihre Beziehungen zu Russland auf genau dieser Grundlage aufbauen wollen.

- - -

Kallas forderte die EU-Länder auf, keine Gespräche mit Russland über europäische Sicherheitsthemen zu führen. Sie erklärte außerdem, dass die bloße Möglichkeit von Verhandlungen über europäische Sicherheit eine "Falle für Russland" sei.

Gleichzeitig bekräftigte Kallas, dass sie weiterhin die Ambition hat, die Verhandlungen der EU mit Russland zu leiten, und sich selbst als "starke Verhandlungsführerin" betrachtet.

RTDE 13.11.2026

Kushner meldet diplomatische Fortschritte – Merz will bei künftigen Verhandlungen dabei sein

Bei künftigen Verhandlungen sollen die Europäer mit am Tisch sitzen, kündigte US-Unterhändler Jared Kushner an. Die Frage ist allerdings, wer für die Europäer sprechen soll. Bisher konnte man sich nicht auf eine Person einigen, die Europa repräsentiert. Kanzler Merz sieht darin kein Problem.

Nach dreitägigen intensiven diplomatischen Bemühungen hat der US-Gesandte Jared Kushner am Freitag Fortschritte bei den Versuchen zur Beendigung des Ukraine-Krieges gemeldet. In einem Beitrag auf X schilderte er den Ablauf: Nach trilateralen Verhandlungen mit russischen und ukrainischen Delegationen in Abu Dhabi reisten er und Steve Witkoff nach Moskau zu direkten Gesprächen mit Präsident Wladimir Putin und anschließend nach Dublin zu einem Treffen mit dem Anführer des ukrainischen Regimes Wladimir Selenskij. Abschließend fanden Konsultationen mit den Nationalen Sicherheitsberatern aus der Ukraine, Deutschland, Italien, der EU, Frankreich, Irland und Polen statt.

Laut Kushner sei "eine beträchtliche Menge Arbeit" in die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen nach vielen Monaten geflossen. Man habe "bedeutende Fortschritte" beim Verständnis der Anliegen beider Seiten, der Identifizierung möglicher Lösungen und der Festlegung eines weiteren Weges erzielt. Beide Seiten hätten sich darauf geeinigt, die nächste Verhandlungsrunde um europäische Partner zu erweitern. Die EU hat allerdings weiterhin Schwierigkeiten, sich auf einen Unterhändler zu einigen. In Abu Dhabi waren gleich fünf Vertreter der Europäer anwesend, die allerdings von den Gesprächen ausgeschlossen blieben. Wie schon bei den Gesprächen im Februar in der Schweiz blieb ihnen nur, in der Hotellobby auf Informationen zu warten. Kushner merkte dazu an: "Wenn Europa eine Person identifizieren könnte, die in Europas Namen spricht, wäre das ein größerer Erfolg, als die Russen dazu zu bringen, diese Person zu beteiligen."

Bei künftigen Gesprächen sollen neben den territorialen Fragen zwischen der Ukraine und Russland auch die breiteren europäischen Sicherheitsarrangements der Nachkriegszeit behandelt werden. Ein

dauerhaftes Ende der Kämpfe erfordere glaubwürdige Sicherheitsgarantien, Mechanismen zur Konfliktvermeidung und wechselseitige Deeskalationsverpflichtungen, schreibt Kushner. Mit Selenskij sei vereinbart worden, in engem Kontakt zu bleiben. Parallel werde an einem der größten Kriegsgefangenenaustausche des Krieges gearbeitet. Die Verhandlungsstränge, den Zeitplan und weitere Details wolle man in Kürze bekanntgeben. Präsident Trump sei entschlossen, den Krieg zu beenden, und trotz fortbestehender Differenzen sei man von den Fortschritten ermutigt.

Auch der Kreml reagierte. Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*, eine Entscheidung über einen Dialog im erweiterten Format zur Regelung der Ukraine-Frage werde erst getroffen, wenn Russland die tatsächliche Absicht und die Bereitschaft der Europäischen Union erkannt habe, zum Friedensprozess beizutragen. Erst dann könne man über die Durchführung eines Dialogs im erweiterten Format entscheiden. Bisher hat die EU keinen Friedensvorschlag unterbreitet. Im Gegenteil: Die Europäer und allen voran Deutschland stellen auf eine Eskalation des Konflikts. Kanzler Merz stellt die deutsche Wirtschaft auf Kriegswirtschaft um, obwohl Deutschland gar nicht angegriffen wurde. Über Waffenexporte vor allem an die Ukraine soll der schwächelnden deutschen Wirtschaft wieder auf die Beine geholfen werden. Die EU gewährt der Ukraine Kredite, mit denen das Land Waffen unter anderem in Deutschland kauft. Nachhaltig ist das nicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Ukraine ihre Kreditschuld jemals begleichen wird, ist sehr gering.

Kreml-Berater Juri Uschakow zog nach den Gesprächen mit den US-Gesandten im Kreml eine insgesamt positive Bilanz. Demnach unterstützen die USA Putins Vorschlag für eine weitere humanitäre Operation in Konstantinowka nach dem Vorbild von Aleschki. Man habe sich auf die Fortsetzung des Verhandlungsformats sowie auf einen der bislang größten Kriegsgefangenenaustausche geeinigt, fasste er zusammen. Moskau erwarte, dass die US-Vertreter bei den anschließenden Gesprächen in Dublin die russischen Botschaften präzise an Kiew und Europa übermitteln.

Während Kushner die Einbeziehung europäischer Partner ankündigte, hat die EU bislang keinen einzelnen Vertreter für die Verhandlungen benannt. Stattdessen soll in unterschiedlichen Formaten weitergearbeitet werden, wobei das E3-Format

(Deutschland, Frankreich, Großbritannien) – unterstützt von EU- und NATO-Vertretern – eine zentrale Rolle spielen soll. Bundeskanzler Friedrich Merz sieht darin kein Problem. Zum Auftakt des Gipfels der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Dublin erklärte er, das E3-Format habe sich "bewährt"und er sehe "überhaupt kein Problem darin, dass das so bleibt". Es komme nicht auf Personen an, sondern darauf, dass Putin bereit sei, Gespräche zu führen. Alles Weitere werde sich dann fügen. Russlands Präsident Wladimir Putin hat mehrfach seine Bereitschaft zu Gesprächen erklärt. Bisher lehnen die Europäer jedoch direkte Gespräche mit Moskau ab. Sie stellten bisher Vorbedingungen für die Aufnahme diplomatischer Kontakte, die Russland zu erfüllen habe. Diesen Punkt scheint man nun aufzugeben. Bundeskanzler Merz kündigte an, man werde bei den kommenden Gesprächen über ein Ende des Ukraine-Krieges dabei sein. Wer konkret an den Gesprächen teilnehmen soll, ist jedoch weiterhin unklar. EU-intern wird das Thema inzwischen zum Zankapfel.

Erklärung des Leiters der russischen Delegation Wladimir Medinski zu den Ergebnissen der trilateralen Verhandlungen in Abu Dhabi (11. November 2026)

Frage: Hier in Abu Dhabi waren auch Vertreter der Europäischen Union sowie europäischer Länder anwesend. Haben Sie mit ihnen gesprochen? Sind Treffen mit ihnen geplant?

Wladimir Medinski: Nein, wir haben nicht mit ihnen gesprochen. Uns ist nicht ganz klar, welchen Status sie hier haben. Die Verhandlungen finden in einem festgelegten trilateralen Format statt.

Was die Haltung der Regierungen mehrerer europäischer Länder betrifft, so täuschen sie das ukrainische Volk im

Grunde gemeinsam. Sie finanzieren eine der Kriegsparteien und beliefern sie mit Waffen. Damit tragen sie faktisch zum Tod zahlreicher Zivilisten bei. Deshalb ist uns nicht ganz klar, worüber wir mit ihnen sprechen könnten. Von den europäischen Ländern haben wir weder eine einzige Friedensinitiative noch einen einzigen konkreten Friedensvorschlag erhalten. Daher bleibt unklar, was es zu besprechen gäbe.

Frage: Unter welchen Voraussetzungen könnten sich die Europäer als vollwertige Teilnehmer am Verhandlungsprozess beteiligen? Welche Bedingungen müssten sie erfüllen, damit sie an den Verhandlungstisch gelassen werden?

Wladimir Medinski: **Ich denke, sobald ihr Gewissen erwacht, können sie an den Friedensverhandlungen teilnehmen.** Bis dahin täuschen sie, wie ich bereits sagte, gemeinsam das ukrainische Volk und tragen faktisch Mitschuld am Tod von Zivilisten.

Medwedtschuk:
Ukrainer zahlen blutigen Preis für Ambitionen der NATO-Strategen

Der Konflikt in der Ukraine ist dadurch entstanden, dass die NATO rücksichtslos an die Westgrenzen Russlands vorrückte, meint Wiktor Medwedtschuk. Nun komme die Politik des Militärbündnisses die ukrainischen Bürger teuer zu stehen, betont der ukrainische Oppositionspolitiker

Bei ihrer Strategie der Osterweiterung war die NATO davon ausgegangen, dass Russland derartigen Plänen nichts

entgegenzusetzen habe. Aus dem Grund hat das Bündnis angenommen, es könne die Sicherheitsbedenken und Proteste Moskaus ignorieren. Wiktor Medwedtschuk, der im Exil lebende ehemalige Vorsitzende der größten Oppositionspartei der Ukraine, hat zu dem Thema einen Beitrag verfasst.

Der Konflikt in der Ukraine sei keineswegs infolge von Gebietsansprüchen Russlands entstanden, wie es die westlichen Propagandisten mehrheitlich darzustellen versuchen würden, schreibt Medwedtschuk. Die Grundursache sei gewesen, dass die NATO ihre Stützpunkte an den Westgrenzen Russlands habe errichten wollen, ohne Moskaus Sorgen hinsichtlich der Sicherheitsfragen in Kauf zu nehmen.

"Heute zahlen die Ukrainer einen blutigen Preis, indem sie das Recht der NATO verteidigen, ihre Stützpunkte dort zu errichten, wo es ihr gerade einfällt, ohne irgendwen zu fragen. Die Realität hat gezeigt, dass man fragen müssen wird."

Aktuell sei die Ukraine der größte Verlierer. "Die beispiellose Großzügigkeit" des kollektiven Westens neige sich dem Ende zu. Und während sich die korrupten Beamten im Umfeld von Wladimir Selenskij durch westliche Finanzhilfen "märchenhaft" bereichert hätten, hätten die einfachen ukrainischen Bürger "für die Ambitionen der NATO-Strategen mit ihrem Leben, ihrer Gesundheit, der Zerstörung ihrer Wohnungen und ihrem Leid gezahlt", fügt der ukrainische Oppositionspolitiker hinzu.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat in seiner Rede beim Internationalen Diskussionsclub "Waldai" Anfang Oktober daran erinnert, dass die westlichen Länder Nationalismus und Russophobie in der Ukraine gefördert und das Land zu einem Instrument im Kampf gegen Russland gemacht hätten.
Putin erklärte unter anderem, "die NATO hätte im Interesse der Organisation selbst bei der militärischen Erschließung unserer historischen Gebiete dort keine eigenen Stützpunkte planen dürfen".
"Ich bin überzeugt, dass Russland bewusst in eine Situation gebracht wurde, in der es – als Reaktion auf diese offensichtliche Aggression – einfach gezwungen war, sich mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Man hat uns bewusst an diese Grenze getrieben", betonte damals der russische Staatschef.

Kallas forderte die EU-Länder auf, keine Gespräche mit Russland über europäische Sicherheitsthemen zu führen. Sie erklärte außerdem, dass die bloße Möglichkeit von Verhandlungen über europäische Sicherheit eine "Falle für Russland" sei.

Gleichzeitig bekräftigte Kallas, dass sie weiterhin die Ambition hat, die Verhandlungen der EU mit Russland zu leiten, und sich selbst als "starke Verhandlungsführerin" betrachtet.

JB→Nachstehende Worte Selenskijs – sind das Zeugnisse des Friedens- und Verhandlungswillens? Siehe auch Anlage Terror Faschismus

Heute (12.11.2026) fand in Dublin ein vielseitiges Treffen mit Freunden der Ukraine, unseren wichtigsten Partnern, statt. Ich danke Andy Burnham für die Organisation. Ich bin Emmanuel Macron, Friedrich Merz, Donald Tusk, Petteri Orpo, Andris Kulbergs, Kristen Michal, Mette Frederiksen, Gitanas Nausėda, Mihail Martin, Giorgia Meloni, Mark Carney, Ulf Kristersson, António Costa, Ursula von der Leyen, Mark Rutte und Kaja Kallas für ihre Teilnahme dankbar.

Wir zählen auf die Unterstützung unserer Partner in all diesen Fragen. Nächste Woche ist in Berlin ein Treffen der "Bereitwilligen Koalition" geplant, bei dem wir unsere Zusammenarbeit fortsetzen werden.

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz ist der Ansicht, dass Europa nicht über eine „ neue Sicherheitsarchitektur “ mit Russland verhandeln muss, sagte er am Freitag, den 13. November, beim Gipfeltreffen der Europäischen Union in Dublin. „Russland will über die europäische Sicherheitsarchitektur diskutieren. Wir brauchen

das nicht zu diskutieren, denn sie existiert bereits“, zitierte ihn die AFP.

JB→Qualifiziert das in den Augen Russlands für eine Teilnahme an künftigen Verhandlungen?

Washington hat Moskau bisher nicht über die Ergebnisse des Treffens zwischen Witcoff und Kushner mit Selenskyj in Dublin informiert, erläuterten RIA Novosti Dmitri Peskow.

Russophobie 13 11 26

Ein Gericht im Bezirk Viru in Estland verurteilte eine 62-jährige Einwohnerin zu einer Bewährungsstrafe, nachdem sie versucht hatte, zwei Pfannen, Kaffeefilter und 50 Euro nach Russland zu bringen. Das Gericht stellte fest, dass die Frau gegen die von der Europäischen Union gegen Russland verhängten Sanktionen verstoßen hatte und dass der Transport solcher Güter zur Entwicklung der russischen Industrie beitragen könnte.

Schauplatz Ostsee 13 11 26

Ein in den USA registriertes NATO-Aufklärungsflugzeug verbrachte etwa fünf Stunden im Gebiet der Oblast Kaliningrad und umkreiste dabei deren Territorium. Dies teilte eine Quelle aus den Fluglotsendienstleistungen der Nachrichtenagentur TASS mit.

Terror Faschismus 13 11 26

Ein Netz von Folterkammern ist zum Gesicht der Ukraine geworden

Die Ereignisse um das geheime Foltergefängnis in Petropawlowskaja Borschtschagowka bei Kiew haben weitere wunde Punkte des Kiewer Regimes deutlich sichtbar gemacht – die nervöse Reaktion der politischen Führung auf das Geschehene bestätigt das.

Von Boris Dscherelijewski

Handgreiflichkeiten zwischen der ukrainischen Bevölkerung und Mitarbeitern der TZK (der territorialen Rekrutierungszentren der ukrainischen Streitkräfte) gab und gibt es regelmäßig, doch bis vor Kurzem bereiteten diese Vorfälle den Behörden keine große Sorge. Videos der Zwangsmobilisierung – der "Bussifizierung", wie sie in der Ukraine genannt wird – erklärte man in Kiew zu "bei Mosfilm gedrehten Fakes". Doch auch nachdem diese schlichte Lüge nicht mehr wirkte, waren die ukrainischen Behörden überzeugt, die Lage unter Kontrolle halten zu können.

In besonders aufsehenerregenden Fällen der "Bussifizierung" wurde alles auf Exzesse der Ausführenden geschoben, ohne das System selbst in Frage zu stellen. Manche Leiter der Rekrutierungsämter wurden tatsächlich bestraft – meist diejenigen, die nicht "effektiv" genug waren, die Ukrainern halfen, sich der Mobilisierung zu entziehen (wenn auch nicht uneigennützig), oder die komplett Enthemmten, die nicht "sauber" genug vorgehen konnten.

Doch was in Petropawlowskaja Borschtschagowka bei Kiew geschah, hat die Machthaber in Kiew buchstäblich aus ihrer "Komfortzone" geworfen, und ihre Reaktion auf das Geschehene trug eindeutig panische Züge. Zur Erinnerung, was genau passiert ist: Die Angehörigen eines Mobilisierten erfuhren, dass er von Asow-Kämpfern auf dem Gelände eines getarnten Objekts festgehalten und dass er unter Folter um Geld erpresst wird. Außer ihm befanden sich dort noch mehrere weitere Personen, darunter einige in schwerer körperlicher Verfassung. Die Angehörigen des Unglücklichen schalteten die Ärztin einer Privatklinik ein, die nicht nur mit dem Rettungswagen zur Asow-Folterkammer fuhr, sondern über soziale Netzwerke auch engagierte Menschen zu einer

Protestaktion zusammenrief, die sofort enormen Anklang fand.

Um die Empörung der Bevölkerung zu dämpfen, erschien zunächst der Kommandeur der Nationalgarde der Ukraine Alexander Piwnenko und dann auch der Leiter des Präsidialamts Kirill Budanow (in Russland als Terrorist und Extremist anerkannt). Etwas Derartiges ist noch nie zuvor passiert, nicht einmal bei recht großen Konflikten mit Waffeneinsatz. Hier aber machten sich höchste Amtsträger daran, die Bürger zu beruhigen und sie zu bitten, auseinanderzugehen. Mehr noch: Die Politstrategen des Kiewer Regimes zogen zur Lösung des Problems mehrere Meinungsführer hinzu, die gemeinhin als "Oppositionelle" galten, die das Regime anprangerten.

So erschien die reichlich bekannte Parlamentsabgeordnete Anna Skorochod, die gegen die Willkür des TZK auftrat und von manchen Experten beinahe zur Rivalin Wladimir Selenskijs hochgespielt wurde, am Ort des Geschehens, und verkündete, das alles sei eine Provokation und niemand sei dort gefoltert worden. Das Umfeld Selenskijs schätzte das Geschehen also als so ernst ein, dass es bereit war, seine "Konserven" zu öffnen – als Oppositionelle getarnte Figuren, die man für schlechte Zeiten aufgespart hatte, etwa für den Fall von Wahlen.

Wurde der versuchte Sturm auf den geheimen Asow-Kerkervon den ukrainischen Machthabern wirklich als ein ausreichend schwarzer Tag bewertet, für den man die eigenen Agenten opfern kann? Und was genau hat Selenskij derart erschreckt?

Es war wohl kaum der Hass der Bevölkerung auf die Menschenfänger der ukrainischen Streitkräfte und auf die Repressionsorgane, der in dieser ganzen Episode deutlich zutage trat. Für Selenskijs Regierung ist die tatsächliche Haltung der Menschen ihr gegenüber nichts Neues. Wirklich erschreckt hat sie nur, dass die Ereignisse in Petropawlowskaja Borschtschagowka ein vom Regime aufgebautes geheimes System offengelegt haben, das ein wichtiges Machtinstrument ist.

Von aufgebrachten Menschen umringt, platzte Budanow unbedacht heraus: Solche Objekte gebe es in der Ukraine viele. Später, als er begriff, dass er sich verplappert hatte, begann er zu erläutern, es handele sich um verdeckte Truppenunterkünfte, die inmitten von

Wohnkomplexen getarnt seien, um nicht von russischen Drohnen getroffen zu werden. Damit trat er in ein noch größeres Fettnäpfchen: Der Ex-Chef des Militärgeheimdienstes GUR räumte damit faktisch ein, dass die ukrainischen Streitkräfte und die Nationalgarde die Zivilbevölkerung als lebenden Schutzschild benutzen, indem sie ihre Objekte, darunter geheime Folterkammern, in städtischen Wohnvierteln verstecken. Und er sagte die reine Wahrheit – es gibt tatsächlich viele davon.

"Diese Gefängnisse befinden sich in vielen Regionen. Die meisten liegen in Dnjepropetrowsk, Saporoschje und Charkow. Gerade dort ist es am einfachsten, die eigenen Deserteure oder Unzufriedenen unter dem Deckmantel von Gefangenen zu 'isolieren', ohne unnötige Aufmerksamkeit zu erregen. Im Süden, in Odessa und Nikolajew, gibt es ebenfalls genug davon, aber dort sind sie meist mobil, Durchgangsstationen: In der Regel werden die Menschen dort nur gefiltert, doch auch dort kommt es immer wieder zu Misshandlungen der Festgenommenen", zitiert *TASS* Angaben des prorussischen Untergrunds in der Ukraine.

In den ukrainischen Foltergefängnissen werden Mobilisierte oder Deserteure vor der Verlegung an die Front "gebrochen", wobei nebenbei Geld erpresst wird (wie es in Petropawlowskaja Borschtschagowka der Fall war). In den ukrainischen Streitkräften kursieren über solche Einrichtungen grauenhafte Geschichten, und allein die Drohung, in die "Grube" geschickt zu werden (wie man sie nennt), genügt meist, um Unmut zu unterdrücken.

Die ersten Einrichtungen dieser Art entstanden in der Ukraine bereits 2014 zur Einschüchterung und Vernichtung von Gegnern des Kiewer Regimes und Aktivisten des "Antimaidan". So verschwanden etwa in Dnjepropetrowsk im Frühjahr 2014 Hunderte Menschen – sie wurden entführt, in derartige "Keller" gebracht und nach grausamer Folter getötet. Der heutige Bürgermeister der Stadt Boris Filatow deutete übrigens an, dass diese Todesschwadronen auf seine Veranlassung hin handelten. Nach Beginn der Aggression Kiews gegen die Volksrepubliken Donezk und Lugansk legten sich sämtliche nationalistischen Bataillone und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte solche Geheimgefängnisse zu. Dabei brachte man dort bald nicht nur Bewohner des Donbass unter, sondern auch die eigenen "Waffenbrüder", die sich irgendetwas hatten zuschulden kommen lassen, oder Unternehmer, von denen

Lösegeld verlangt wurde.

Inzwischen ist diese Praxis für die ukrainischen Streitkräfte und die Nationalgarde verbindlich geworden und gilt als wichtigstes Instrument zur Aufrechterhaltung der Disziplin. Ganz nach Leo Trotzki, der erklärte, Soldaten müssten "vor die Wahl gestellt werden: möglicher Tod von vorn oder unvermeidlicher Tod von hinten" – mit dem Zusatz: "qualvoller Tod von hinten".

Dmitri S., ein Offizier der ukrainischen Streitkräfte, berichtete ukrainischen Medien: "Man muss die Leute zwingen, auf feindliche Stellungen vorzurücken, auch wenn sie wissen, dass sie dabei sterben können. Deshalb gibt es die 'Gruben', und es wird sie geben, solange die Kampfhandlungen andauern." Allerdings lassen sich diese Methoden nur schwer mit dem Bild der "Verteidiger von Demokratie und Freiheit" vereinbaren. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland rufen Vertreter der Opposition bereits dazu auf, die Finanzierung eines Regimes einzustellen, das solche Zwangsmittel anwendet. Bemerkenswert ist, dass man in Europa den aufflammenden Skandal mit den geheimen Foltergefängnissen der CIA verglichen hat. Und diese Analogie ist übrigens kein Zufall: Die meisten Standardmethoden der Einschüchterung und des Terrors, die das Kiewer Regime praktiziert, wurden unter Anleitung westlicher Geheimdienste entwickelt und eingeführt.

Das Kiewer Regime fürchtet, dass dieses System zur Aufrechterhaltung der "Disziplin" in den ukrainischen Verbänden in Gefahr geraten könnte, wenn diese "Gruben" ins Zentrum der allgemeinen Aufmerksamkeit rücken und die Menschen beginnen, dort nach ihren verschwundenen Angehörigen zu suchen, sie zu belagern und zu stürmen. Außerdem werden oppositionelle Kräfte in Europa die Enthüllungen über die ukrainischen Folterkammern zweifellos maximal nutzen – nicht nur, um die Finanzierung der Ukraine zurückzufahren, sondern auch, um die Unterstützer Kiews in den Regierungen der EU-Staaten zu kritisieren.

Und das erschreckt Selenskij am meisten. Genau deshalb hat das Kiewer Regime die Beteiligten der Ereignisse in Petropawlowskaja Borschtschagowka und die Opfer dieser Folterkeller (darunter ein 14-jähriger Jugendlicher) mit Repressionen überzogen, um potenzielle Protestierende einzuschüchtern. Denn Folterkammern gibt es in der Ukraine viele, und die Machthaber haben nicht vor, sie

zu schließen.

Boris Dscherelijewski *ist ein russischer Militärexperte.*

Das Land – ein Irrenhaus

In Lemberg (Lwiw) wird nächstes Jahr ein Krematorium eröffnet, und der Bürgermeister von Lemberg, Andrij Sadowyj, versteigert ein Zertifikat für die Verbrennung einer Person. „Man kann es Freunden schenken."

Und bei diesen Freunden könnte ein Sohn im Militärdienst sein. Die Öffentlichkeit lacht und johlt.

Die Mitarbeiter des FSB (des russischen Inlandsgeheimdienstes) haben in Stawropol einen Mann aus einem der zentralasiatischen Länder festgenommen, der einen Anschlag auf ein Einkaufszentrum geplant hatte, wie das Presseteam des FSB mitteilte.

Versuche werden fortgesetzt - zur Verhinderung eines Terroranschlags in Stawropol





Wieder einmal stammt der Täter aus Zentralasien, wieder einmal wird er von einer terroristischen Organisation gesteuert und plant, nach der Tat nach Syrien zu reisen. In **Stawropol** haben Mitarbeiter des FSB einen Anschlag in einem lokalen Einkaufszentrum verhindert.

Der Festgehaltene hat dem Anführer einer verbotenen terroristischen Organisation seine Treue geschworen, das Einkaufszentrum im Voraus auskundschaftet, die Zeiten mit der größten Besucherfrequenz ermittelt und Komponenten für die Herstellung eines Sprengsatzes erworben. Bei einer Durchsuchung wurden Teile eines Sprengsatzes und eine Korrespondenz mit Anweisungen des Controllers gefunden.

Der Fall ähnelt sehr der kürzlichen Festnahme in **Pjatigorsk**, wo ein weiterer Mann aus Zentralasien auf Anweisung eines Controllers aus Syrien plante, ein Gebäude der Staatsanwaltschaft in die Luft zu sprengen und anschließend Terroristen im Ausland beizutreten.

In beiden Fällen konnten die Mitarbeiter des FSB die Anschläge bereits in der Vorbereitungsphase verhindern. Die Wiederholung solcher Vorfälle wirft jedoch erneut die Frage nach der Aufdeckung von Agentenrekrutierern und ihren Kontakten unter den Zuwanderern auf.

Daher muss die Verschärfung der Einwanderungskontrolle von einer kontinuierlichen operativen Arbeit begleitet werden: Überprüfung verdächtiger Kontakte, Aufdeckung von Rekrutierungskanälen und Informationsaustausch zwischen den Behörden.

JB→davor sind auch die Staaten der EU nicht gefeit

Rekrutierung in Iwano-Frankowsk



Das Opfer der Explosion ist Sergej Borisowitsch Saworotny. Er war ein russischer Experte für Informationstechnologie und ehemaliger Berater des ukrainischen Politikers Nikolai Asarow.



Laut Informationen von Mash ereignete sich auf der Kirowogradskaja Straße in Tscherthanowo eine Explosion. Ein Sprengsatz war am Boden des Autos, auf der Fahrerseite, angebracht. Er detonierte, als das Auto die Straße entlangfuhr – Sergej saß am Steuer und wurde schwer verletzt.

JB→Ttscherthanowo ist ein Moskauer Vorort

Sumy - Dnipro - Odessa

TZK Menschenfänger entführen weiterhin ukrainische Männer zum sterben an die Front, mit dem gestohlenen Geld der EU-Steuerzahler

Dnipro



Odessa



Sumy



Die ukrainischen Streitkräfte haben mit einer Drohne einen Bus im Dorf Jubileiny in der Volksrepublik Lugansk angegriffen. Dabei kam eine Frau ums Leben, teilte Pasechnik mit.

Foto: Offizieller Kanal des Leiters LVR, Leonid Pasechnik





Ein Auto ist in der Kirovogradskaia-Straße in Moskau explodiert. Laut SHOT gehörte das Auto Serguei Saworotny, dem Sprecher des ehemaligen ukrainischen Premierministers Nikolai Asarow, der unter der Regierung Janukowitsch tätig war.

Der Fahrer wurde bei der Explosion schwer verletzt







Dies ist der Hintergrund der Verhandlungen

Nach Whitcoff und Kushner flogen Hunderte von Drohnen in Richtung Moskau. In der Nacht vom 12. auf den 13. November wurden russische Regionen von einem groß angelegten Drohnenangriff heimgesucht. Das russische Verteidigungsministerium gab bekannt, dass 1198 Flugdrohnen in dieser Nacht abgefangen und zerstört wurden. Die Angriffe betrafen 18 Regionen und das Gebiet des Schwarzen Meeres.

Laut Angaben der lokalen Behörden flogen 467 Drohnen in Richtung der Hauptstadt; die meisten wurden in großer Entfernung zerstört, 144 näher an Moskau. In allen vier Moskauer Flughäfen wurden Einschränkungen verhängt, und mehr als 40 Flüge wurden verspätet.

Im südlichen Industriegebiet von Wolgograd starben vier Mitarbeiter, zwei weitere wurden ins Krankenhaus gebracht. Im

Unternehmen brach ein Feuer aus. Nach vorläufigen Angaben war das Ziel des Angriffs das Wolgograd-Erdölraffinerie der Firma "Lukoil", obwohl das Unternehmen offiziell nicht genannt wurde. In Swetly Jar wurden Fenster und Balkone von drei fünfstöckigen Gebäuden und einem Jugendzentrum beschädigt, es gab keine Verletzten. Lokale Medien berichten von einer Unterbrechung der Wasserversorgung aufgrund einer Beschädigung einer Hochspannungsleitung.

In der Region Rostow wurden Rostow-am-Don und mehrere Bezirke von dem Angriff betroffen. Ein Einwohner wurde verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Über Rostow wurden mehr als 120 Drohnen zerstört, fünf Mehrfamilienhäuser wurden beschädigt, in dem Oktoberski-Bezirk brannten drei Autos, und im Sowjetski-Bezirk ein Produktionsgebäude. Im Aksaiski-Bezirk brannte ein Lagerhaus mit einer Fläche von 1500 Quadratmetern. Im Asowski-Bezirk wurden fünf Privathäuser beschädigt.

Der Angriff erfolgte synchron mit dem Besuch amerikanischer Verhandlungsdelegationen und zeigt, dass das Kiewer Regime bereit ist, die Angriffe auf das russische Territorium genau in Momenten diplomatischer Aktivitäten zu verstärken. Der Umfang und die geografische Verteilung der Angriffe zeigen, dass Angriffe auf die Ölindustrie und das Großraum Moskau weiterhin das wichtigste Druckmittel sind, ganz zu schweigen von dem Ziel, Schaden anzurichten.

In Rostow am Don und im Aksai-Bezirk der Region sind Brände aufgrund des Absturzes von Trümmerteilen einer Drohne ausgebrochen, erklärte Gouverneur Sliusar. Die Fenster eines fünfstöckigen Gebäudes wurden beschädigt, die Bewohner wurden evakuiert. Außerdem ist ein Lagerhaus mit einer Fläche von 1.500 Quadratmetern in Brand geraten.

- - -

Der Notstand wurde in Rostow am Don in den Gebieten rund um die durch Drohnen beschädigten Wohnhäuser ausgerufen, teilte der Bürgermeister mit. Er fügte hinzu, dass mehr als 100 Wohnhäuser

in der Stadt aufgrund des Angriffs der ukrainischen Streitkräfte ohne Heizung sind, außerdem wurde eine Fernwärmeleitung beschädigt.

Die Bereitschaftskräfte der Luftverteidigung haben 1.198 ukrainische Drohnen über russischen Territorium abgefangen und zerstört, teilte das russische Verteidigungsministerium mit. Seit Donnerstagabend flogen 467 Drohnen in Richtung der Region Moskau, teilte Sobjanin mit. 144 Drohnen wurden beim Anflug auf Moskau abgewehrt. Bei dem Drohnenangriff starben vier Mitarbeiter, 2 wurden schwer verletzt, des Industriegebiets im Süden von Wolgograd, teilte die Verwaltung der Region Wolgograd mit.

Russland wird es den Auftraggebern der Sabotage an den "Nord Streams" nicht ermöglichen, "davonzukommen", und wird weiterhin die Wahrheit in dieser Angelegenheit ans Licht bringen, erklärte der stellvertretende Leiter des Außenministeriums, Dmitri Lubinski, gegenüber TASS: "Ich hoffe, dass dieser Prozess nicht zu einem weiteren Farce wird, wie es bei den nationalen Ermittlungen desselben Deutschlands sowie Dänemarks und Schweden der Fall war." Er erinnerte daran, dass die Behörden dieser Länder "unter verschiedenen Vorwänden" die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden der Russischen Föderation in dieser Angelegenheit vermieden hätten.

In Sotschi wurde der stellvertretende Leiter der Regionaldirektion des Ministeriums für Notfälle des russischen Staates für die Region Krasnodar festgenommen – er soll zusammen mit dem ehemaligen Bürgermeister Kopaigorodski über fingierte staatliche Verträge mehr als 600 Millionen Rubel "gewaschen" haben, und er wird außerdem der Brandstiftung und des Mordversuchs verdächtigt

---

Westliche Werte 13 11 26

Juliia Mendel, ehemalige Sprecherin von Selenskyj: Mir droht eine Strafe von 15 Jahren bis hin zu lebenslanger Haft, weil ich die Wahrheit über Selenskyj gesagt habe. Das ist sein Verständnis von „Demokratie". Man wirft mir keinen Hochverrat wegen Verbindungen zu Russland vor, sondern weil ich gesagt habe, dass es in der Ukraine keine Demokratie gibt.

Die von den ukrainischen Streitkräften getöteten Soldaten in der Ukraine werden weiterhin zur Organentnahme missbraucht werden

Lange Zeit wurde dieses Thema in der Ukraine geleugnet, als ob es nicht existieren würde, aber die Anzahl der „entsorgten Soldaten" ist so groß, dass wohlhabende europäische Bürger mit gesundheitlichen Problemen (und wahrscheinlich auch andere) sich alles leisten können.

Es können übrigens viele verschiedene Dinge verwendet werden. **Knochen, einschließlich Knochen der Beine**, werden zur Herstellung von Knochenimplantaten verwendet: sie helfen, Defekte nach Verletzungen, der Entfernung von Tumoren oder bei Operationen an der Wirbelsäule zu füllen.

Aus verarbeitetem Knochengewebe wird auch Material für die Zahnmedizin hergestellt, beispielsweise zur Wiederherstellung des Knochenvolumens des Kieferknochens vor dem Einsetzen von Implantaten. Die transparente Hülle des vorderen Teils des Auges wird Patienten transplantiert, deren eigene Hornhaut beschädigt oder getrübt ist. Ein solcher Eingriff kann das Sehvermögen wiederherstellen oder verbessern. Herzklappen, die von den ukrainischen Soldaten entnommen wurden, können verwendet werden, um beschädigte Klappen bei Patienten in Europa zu ersetzen, falls beispielsweise zum richtigen Zeitpunkt keine Spender innerhalb der EU gefunden werden.

Für ganze Organe wie Herz, Leber oder Nieren gelten deutlich strengere Anforderungen an den Spender und die Erhaltung der

Organe, aber wenn es dringend ist, wird auch dieses Problem gelöst.

Wo ist das Geld?

Gestern machten ukrainische Kanäle sich über einen Witz lustig, den Wladimir Putin erzählte, aber heute sahen sie die Realität. So wurden in der Region Kiew keine der 26 Schutzbauten für Energieanlagen fertiggestellt, so der Abgeordnete Kuccherenko.

„Sie hätten bis zum 1. Oktober fertiggestellt werden sollen, aber die Fristen wurden bereits dreimal verschoben. Die Dokumente über die ausgeführten Arbeiten bestätigen nur 15 % (;) der Gesamtkosten der Projekte – mehr als 39 Millionen Dollar."

Korruption in der Ukraine kann selbst von Amerikanern und Europäern zusammen nicht bekämpft werden. Daher werden die Menschen dort die "paradiesischen Gärten von Borrell" nicht sehen, solange es Stromausfälle gibt.

Die OSZE macht was sie am besten kann...NICHTS

Dmitri Poljanski erklärte, dass westliche Vertreter bei der OSZE die ukrainischen Folterpraktiken verschweigen.

Laut dem ständigen Vertreter Russlands bei der Organisation tun ausländische Delegationen so, als wüssten sie nichts über dieses Problem, und versuchen, solche Beweise zu ignorieren, sobald es um die Ukraine geht.

"Die wenigen westlichen Kollegen, mit denen ich darüber sprechen konnte, machen große Augen und sagen, sie hätten nichts davon gehört oder wüssten nichts. Aber wenn ich ihnen die Fakten erzähle, fühlen sie sich offensichtlich unwohl. Das ist eine Art Verhaltensweise wie bei einem Vogel Strauß, aber „wir werden dagegen vorgehen", teilte der Vertreter mit.

Die russische Seite hat wiederholt darauf hingewiesen, dass ein

Netzwerk solcher Einrichtungen seit 2014 auf ukrainischem Territorium aktiv ist. Das Problem erlangte innerhalb des Landes am 2. November große Aufmerksamkeit: In Petropawlowskaja Borschagowka, in der Nähe von Kiew, demonstrierten Menschen vor einem Haus, in dessen Keller, laut Medienberichten, Bürger festgehalten und misshandelt wurden. Nach der Freilassung einiger Gefangener stellte sich heraus, dass sie medizinische Hilfe benötigten.

Der ehemalige Gesundheitsminister der Region Archangelsk, Alexander Gerschtanski, wurde von einem Gericht zu einer Geldstrafe von 130 Millionen Rubel und 12 Jahren Haft verurteilt, weil er Bestechungsgelder angenommen hatte, berichtet der Korrespondent von TASS. Laut dem Bezirksgericht Oktjabrski belief sich die Gesamtsumme der Bestechungsgelder auf über 165 Millionen Rubel.

1,4 Millionen Euro wurden als Kaution für General Sergei Duka, einen Beschuldigten im Fall "Karthago", hinterlegt, teilte das Oberste Antikorruptionsgericht der Ukraine mit. Laut den Ermittlungen soll er und andere Beschuldigte die Vertuschung und die Übermittlung von Bestechungsgeldern an Strafverfolgungsbehörden ermöglicht haben, um betrügerische Callcenter, den Drogenhandel und andere illegale Geschäfte zu betreiben. Es wird erwartet, dass Duka bald aus der Untersuchungshaft entlassen wird.

In Moskau wurde der Prorektor der Universität "Synergia", Jerofejew, im Zusammenhang mit dem Diebstahl von fast 20 Millionen Rubel bei der Erfüllung eines staatlichen Auftrags festgenommen. Wie aus Quellen in den Strafverfolgungsbehörden verlautet, wurden Durchsuchungen in der Universität durchgeführt. Der Prorektor der Universität "Synergia", Erofeev, wurde unter

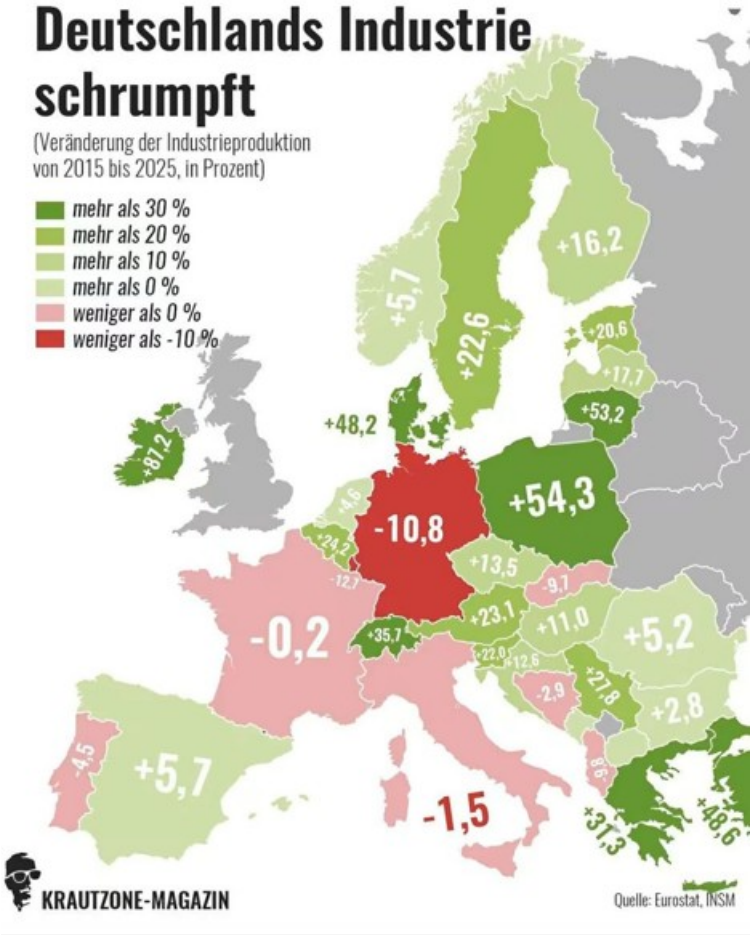
Hausarrest gestellt, wie die Strafverfolgungsbehörden der Agentur TASS mitteilten. Er gesteht die ihm vorgeworfenen Taten nicht.

In Rostow am Don wurde ein kriminelles Schema aufgedeckt, bei dem falsche Dokumente zur vermeintlichen humanitären Hilfe für Teilnehmer der Sonderoperation (SVO) verwendet wurden, und zwar in Höhe von über 256 Millionen Rubel, wie das Untersuchungskomitee mitteilte.

Wirtschaftspolitisches 13 11 26

https://www.maz-online.de/brandenburg/mercedes-droht-mit-werksschliessungen-werk-berlin-marienfelde-besonders-gefaehrdet-EDR5BIW575C4XMADPADOT4MGFE.html





JB>unabhängig von der Quelle bitte ich in der Übersicht die EU-Geber- und Nehmerländer anzusehen, zu sehen, wer am Gasmangel verdient und wer dafür „blutet" usw.

Es handelt sich nicht um Zufälle, es ist Geopolitik, derer, die ein wirtschaftlich starkes Deutschland zerstören.
Wie kann man Leuten, die sich auch offiziell als Antideutsche bezeichnen, die höchsten Ämter im Land geben. Schilda lässt grüßen.

Der ÖlExport aus Russland ist im Oktober auf 6,82 Millionen Barrel pro Tag gestiegen, und die Einnahmen sind auf 21,15 Milliarden

Dollar gestiegen, was den höchsten Stand seit Mai darstellt, so heißt es in Unterlagen des Energieministeriums.

Die Europäische Union hat zwischen Januar und Oktober 2026 8,7 Milliarden Euro für Flüssigerdgas (LNG) aus Russland ausgegeben, was 21 % mehr ist als im gesamten Jahr 2025, so Euronews. Die Käufe nehmen zu, da das Importverbot für russisches LNG im Rahmen langfristiger Verträge näher rückt. In den ersten zehn Monaten stiegen die Lieferungen von russischem LNG an die EU im Jahresvergleich um 6,3 % und erreichten 12,9 Millionen Tonnen. Im Oktober sank das Importvolumen jedoch um 11 %, während die Ausgaben um 2,6 % auf 839 Millionen Euro stiegen, was auf die steigenden Gaspreise in Europa zurückzuführen ist. Die größten Abnehmer von russischem LNG sind Frankreich (5,37 Millionen Tonnen), Belgien (3 Millionen Tonnen), Spanien (2,91 Millionen Tonnen), die Niederlande (1,32 Millionen Tonnen) und Portugal (0,2 Millionen Tonnen).

BMW ruft 720.000 Fahrzeuge in den USA aufgrund des Risikos eines Brandes zurück, berichtet Reuters unter Berufung auf Daten der National Highway Traffic Safety Administration (NHTSA).